

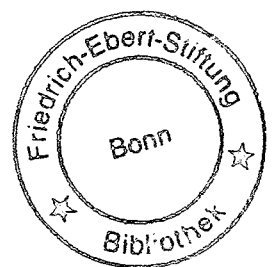
FORSCHUNGSINSTITUT

Oliver Thränert (Hrsg.)

Europäische Union und Europa

C 94 - 01726

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**



**Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Außenpolitikforschung**

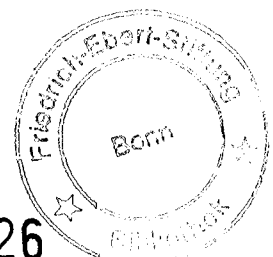
Oliver Thränert (Hrsg.)

Europäische Union und Europa

Studie zur Außenpolitik

Nr. 63

Bonn, Oktober 1994



C 94 - 01726

Finanziert aus Mitteln der Franziska- und Otto-Bennemann-Stiftung

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung ist (auch in Auszügen) nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der FES gestattet.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forschungsinstitut
Abt. Außenpolitikforschung

53170 Bonn

ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-067-5

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
<i>Oliver Thränert:</i> Europäische Union und Europa: eine Problemskizze	3
<i>Gilbert Ziebura:</i> Europäische Union und Gesellschaft	13
<i>Lutz Hoffmann:</i> Europäische Union und Wirtschaft	29
<i>Wichard Woyke:</i> Europäische Union und Deutschland	39
Teilnehmerliste	53

Vorwort

Am 9. Juni 1994 trafen sich auf Einladung der Abteilung Außenpolitikforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung Wissenschaftler, Experten, Diplomaten und Mitarbeiter der Landesvertretungen in Bonn, um über die Perspektiven der Europäischen Union zu diskutieren. Ausgangspunkt war die Überlegung, daß der europäische Einigungsprozeß dringend neuer Impulse bedarf, und die mit der angestrebten Vertiefung und Erweiterung anstehenden Probleme nicht verdrängt werden dürfen. Nicht zuletzt das im September 1994 veröffentlichte Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Möglichkeiten eines Kerneuropas und die darauf erfolgten lebhaften Reaktionen haben gezeigt, wie dringlich erforderlich eine möglichst unvoreingenommene, aber gleichzeitig intensive Debatte über die Zukunft Europas und der Europäischen Union ist. Zu diesem Diskurs soll die vorliegende Studie einen kleinen Beitrag leisten.

Die Abteilung Außenpolitikforschung hat der Franziska- und Otto-Bennemann-Stiftung zu danken, ohne deren großzügige finanzielle Unterstützung unsere Tagung nicht hätte stattfinden können. Mein Dank gilt den Autoren dieses Bandes, insbesondere Herrn Professor Woyke, der für die Tagung kurzfristig als Referent für den leider erkrankten Professor Kreile eingesprungen war. Zu danken habe ich außerdem Frau Bärbel Ackermann für die Tagungsorganisation sowie Frau Marianne Seybold und Herrn Sascha Mamczak für die Durchsicht der Manuskripte.

Oliver Thränert, Bonn, im September 1994

Oliver Thränert

Europäische Union und Europa: eine Problemskizze

Die Europäische Union befindet sich in einer fundamentalen Krise. Dabei handelt es sich um eine *"Anpassungskrise"*, wie sie auch für andere europäische Institutionen wie die KSZE und die NATO typisch ist: nach dem Ende des Kalten Krieges, das nunmehr schon fünf Jahre zurückliegt, hat sich das internationale Umfeld so dramatisch, unvorhergesehen und nachhaltig verändert, daß die erwähnten Institutionen es noch immer nicht vermochten, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie alle waren Produkte Nachkriegseuropas, das für ziemlich genau vierzig Jahre eindeutig in Ost und West aufgeteilt war: politisch, ideologisch, ökonomisch und militärisch. Während sich die NATO in dieser Zeit vornehmlich als ein Verteidigungsbündnis gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt verstand und als solches auch erfolgreich war, übernahm die KSZE nach 1975 den Part, Zusammenarbeit und Entspannung zwischen Ost und West zu organisieren. Auch die KSZE war erfolgreich und trug zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes bei. Die EG – die heutige EU – dagegen fühlte sich verantwortlich für die politische und vor allem ökonomische Vereinigung Westeuropas. Auch ihr kann der Erfolg nicht abgesprochen werden. So sind Kriege zwischen ihren Mitgliedern praktisch ausgeschlossen und sie tritt ökonomisch – siehe etwa die GATT-Verhandlungen – in der Weltarena zunehmend als einheitlicher Akteur auf.

Doch nun geht es um mehr. Nun geht es nicht mehr bloß um Westeuropa, nun geht es um Gesamteuropa. Die Europäische Union kann sich nicht darauf beschränken, sich um den reichen Westen des Kontinents zu kümmern, sonst verdiente sie den Namen *"Europäische Union"* nicht und verlöre früher oder später ihre politische Legitimation. Daher der Titel *"Die Europäische Union und Europa"* für diesen Band und die gleichnamige Konferenz, die am 9. Juni 1994 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn stattfand.

Was ist Gesamteuropa?

Im Mittelpunkt der neuen gesamteuropäischen Herausforderung stehen nicht nur die legitimen politischen und wirtschaftlichen, aber auch kulturellen Interessen im Osten der EU mit dem Ziel der (Wieder-)Eingliederung nach Europa, es geht auch um die ureigensten Interessen der Mitgliedstaaten der Union selbst. Sollte der Osten Europas dauerhaft zu einer Region der Instabilität werden, könnten sich die Westeuropäer – Asylregelungen hin oder her – dagegen wohl kaum wirksam abschotten. Es geht also um Gesamteuropa, doch diese Herausforderung hat der Westen noch nicht wirklich angenommen, ja sie vielleicht noch nicht einmal völlig gedanklich durchdrungen. Dies mag darin begründet sein, daß diese neue Herausforderung den Westen in einer Situation antrifft, in der er sich selbst wirtschaftlich in einer Konjunktur- und Strukturkrise befindet, die einhergeht mit einer politischen Krise. Diese Krisenlage ist gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeitsraten, hohe Staatsverschuldungen, Politik- bzw. Parteienverdrossenheit vieler Bürger und Wahlerfolge rechter bis rechtsradikaler Parteien. Nicht wenigen Bürgern und Politikern im trotz allem satten und industriell höher entwickelten Westen sind die Probleme Osteuropas daher weitgehend gleichgültig.

Die Frage nach Gesamteuropa aufzuwerfen heißt jedoch zugleich, die Frage nach dem Begriff "Europa" überhaupt zu stellen. Mit anderen Worten: Wo endet Europa? – Es steht außer Zweifel, daß es angebracht ist, bei der Beantwortung dieser Frage kulturelle Faktoren zu berücksichtigen. Die rein geografische Einteilung, derzufolge Europa am Ural endet, war immer künstlich. Sie kann politisch und ökonomisch schon alleine deswegen nicht überzeugen, da es eine politisch-ökonomische Trennlinie am Ural niemals gab.

In jüngster Zeit ist es in Mode gekommen, die Trennlinie zwischen Europa und "*Nicht-Europa*" entlang der Grenze zwischen römischem Katholizismus und lateinischem Alphabet einerseits sowie griechischer Orthodoxie und kyrillischem Alphabet andererseits zu ziehen. Dafür plädiert nicht nur der amerikanische Politologe Samuel P. Huntington, sondern auch der deutsche Autor Hans Arnold¹. Dementsprechend sei – so die Autoren – die Grenzlinie gesamteuropäischer Politik entlang folgender Linie zu ziehen: der Ostgrenzen Finnlands, des Baltikums, Polens, der Slowakei und Ungarns sowie Österreichs bis zur italienischen Grenze, wobei Griechenland noch mit zu Europa zu zählen sei. Schon hier sind Zweifel angebracht. Natürlich: kulturell gehört Griechenland eindeutig zu Europa, basiert doch die gesamte europäische Kultur letztlich auf der griechischen Philosophie. Ohne Aristoteles ist der Durchbruch der Ratio in Europa überhaupt nicht zu denken. Doch andererseits brachte Griechenland eben auch die Orthodoxie und das kyrillische Alphabet hervor, die den genannten Autoren zufolge gerade Kriterien außereuropäischer Kultur seien. Und weiter: Führt die Trennlinie zwischen Orthodoxie und Katholizismus nicht mitten durch die Ukraine? Schließlich: Was ist mit Rußland? Ist seine Kultur außereuropäisch, also auch etwa die Musik Tschaikowskys und die Romane Tolstois? Nehmen nicht russische Sportler wie selbstverständlich an Europameisterschaften teil? Politisch und historisch gewendet: Ist es möglich, eine europäische Geschichte seit dem Wiener Kongreß zu schreiben, ohne Rußland zu berücksichtigen?

Natürlich müssen alle diese Fragen verneint werden. Es ist schlechterdings nicht möglich, Rußland und auch andere Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wie die Ukraine einfach aus Europa herauszudefinieren. Richtig dagegen ist, daß historisch betrachtet Osteuropa die Periode der Aufklärung und der Bildung von Nationalstaaten, wie sie vor allem in Frankreich und England stattfand und die einherging mit der Bildung des die Demokratie tragenden Bürgertums, praktisch nicht mitgemacht hat. Doch ginge man danach, so müßte die Grenze zwischen Europa und "*Nicht-Europa*" viel weiter westlich als an der Grenze zu Rußland gezogen werden.

Politisch führt heute jedenfalls kein Weg daran vorbei, daß der Raum östlich der Oder einschließlich Rußlands nicht ohne weiteres aus Europa herausdefiniert werden kann. Es ist eine historische Tatsache: im Osten sind die Übergänge fließend. Dies macht die Situation für die Europäische Union nicht leichter. Mit jeder Erweiterung wird die Antwort auf die Frage dringender werden, wo denn die Grenzen der Aufnahme zu ziehen sind. Einerseits wird die Europäische Union früher oder später an die Grenzen ihrer

1 Vgl. Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, Summer 1993, S.22–49; Hans Arnold, *Europa am Ende? Die Auflösung von EG und NATO*, München/Zürich 1993, bes. S.30ff.

Aufnahmekapazität stoßen, andererseits stellte sich dann die Frage, welche Staaten und warum für immer ausgeschlossen bleiben und welche Beziehungen zu ihnen unterhalten werden sollen. Eines steht damit heute schon fest: Europa wird immer einen größeren Raum umfassen als die Europäische Union.

Die mangelnde Attraktivität der Europäischen Union

Ein weiteres schwerwiegendes Problem kommt hinzu: die Europäische Union selbst ist in den sie umfassenden Gesellschaften nur wenig bis mäßig attraktiv. Dies haben nicht zuletzt die Ergebnisse der Volksabstimmungen anlässlich der Ratifikation der Maastrichter Verträge gezeigt. Nicht nur wurde dieses Vorhaben in Dänemark im ersten Versuch abgelehnt, in Frankreich, wo der Vertrag nur mit Mühe und Not angenommen wurde, stand bei den Befürwortern keineswegs Europa-Euphorie sondern die Sorge im Vordergrund, bei einer Ablehnung könnte das politische Ziel Frankreichs verfehlt werden, das vereinigte Deutschland fest in Europa einzubinden. In den anderen Unionsländern, in denen mit Ausnahme Irlands keine Referenden stattfanden, lag die Zustimmungquote für die Maastrichter Verträge Umfragen zufolge mit Ausnahme Irlands und den Niederlanden unterhalb von 50%². Da der europäische Einigungsprozeß ein äußerst ambitioniertes Vorhaben ist, reicht dies natürlich keineswegs aus. Im Gegenteil: Europa hätte ein Momentum aus den Gesellschaften selbst dringend nötig. Aber dies ist nicht vorhanden. Von Zeit zu Zeit finden Demonstrationen *gegen* die EU oder bestimmte ihrer Beschlüsse statt, vorwiegend von Bauern, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlen. Demonstrationen *für* die Europäische Union sind dagegen nicht bekannt.

Aber warum ist die Europäische Union in der Öffentlichkeit so wenig attraktiv? Folgende Gründe scheinen dafür ausschlaggebend zu sein:

1. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit verlangen die Menschen nach Identifikationsangeboten. Die Europäische Union bietet sie ihnen nicht. Eine europäische Vision, die gesellschaftliches Momentum entfachen könnte, gibt es nicht. Bezeichnenderweise gab es keinerlei gesellschaftlichen Diskurs *vor* der Unterzeichnung der Maastrichter Verträge. Stattdessen nimmt die Bedeutung nationaler Symbole wieder zu, wäre die Aufgabe der nationalen Währung in den Augen vieler in erster Linie eine Bedrohung. Für die derzeitige wirtschaftliche Krise, insbesondere der hohen Arbeitslosigkeit, gibt es wenn überhaupt nur nationale Krisenüberwindungsstrategien. Eine europäische Krisenüberwindungsstrategie existiert nicht.
2. Da die Europäische Union auf Kompromisse der beteiligten Staaten angewiesen ist, stellen diese in der Regel den kleinsten gemeinsamen Nenner dar, mit dem sich keiner so recht identifiziert und der daher auch in der Öffentlichkeit kaum

2 Vgl. Commission of the European Communities, *Eurobarometer*. Public Opinion in the European Community, Nr.39 (June 1993), S.30ff. Auch in Dänemark sprachen sich zu diesem Zeitpunkt 54% der Befragten für Maastricht aus, allerdings gilt es zu beachten, daß diese Umfrage nach dem Edinburgh-Gipfel der EG vom Dezember 1992 erfolgte, auf dem für Dänemark umfangreiche Sonderregelungen vereinbart wurden. Vor dem Edinburgh-Gipfel sprachen sich nur 43% der Dänen für Maastricht aus.

vermittelbar ist. Hinzu kommt, daß dem Bürger die Entscheidungsmechanismen selbst völlig undurchsichtig erscheinen.

3. Die Europäische Union wird nicht in ausreichendem Maße als demokratisches Gemeinwesen wahrgenommen. Wenn man sich schon kaum mit seinem Bundestagsabgeordneten identifiziert, so tut man dies erst recht nicht mit seinem Europaabgeordneten, der über noch weniger politische Mitwirkungskompetenz verfügt. Eine Identifikation via politisches System und seine Repräsentanten ist also kaum vorhanden. Wem "Bonn" einem Raumschiff gleichkommt, dem ist "Brüssel" ein Stern eines anderen Sonnensystems. Die Wahlbeteiligung von nur 56,5% bei der Europawahl im Juni 1994 war die niedrigste aller Zeiten. Dies weist darauf hin, daß die Bedeutung des Europaparlamentes in der Sicht der Bürger eher ab- als zunimmt. Tatsächlich hat zum Beispiel der deutsche Europawahlkampf deutlich gezeigt, daß alle Parteien die Europawahlen nur als Test für die nur wenige Monate später anberaumten nationalen Wahlen begriffen.

Vertiefung oder Erweiterung?

Zugespißt formuliert könnte man behaupten, daß die Europäische Union derzeit weder zur fortgesetzten Integration noch zur Erweiterung ihrer Mitgliedschaft in der Lage ist. Die voraussichtlich am 1. Januar 1995 erfolgende Aufnahme Norwegens, Schwedens, Finnlands und Österreichs spricht nur scheinbar dagegen. Vielmehr sind im Verlauf der entsprechenden Beitrittsverhandlungen nahezu sämtliche Krisensymptome der Europäischen Union zu Tage getreten.

Da sind zunächst die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Staaten. So wollte die spanische Regierung schon vorab wissen, wem die erwarteten Nettofinanzbeiträge der neuen Mitgliedstaaten zugute kommen würden. Zudem lag Spanien lange Zeit im Streit mit Norwegen wegen des Zugangs zu den Fischgründen vor der norwegischen Küste. Schließlich fürchtete Madrid eine Marginalisierung für den Fall, daß sich Ende 1996 die wirtschaftlich potenten neuen Mitgliedsländer im Gegensatz zu den meisten traditionellen EU-Staaten für die geplante Währungsunion qualifizieren würden³.

Nun, Streitereien um Fangquoten, Beitragszahlungen usw. ist der Beobachter der europäischen Szene seit Jahren gewöhnt. Immerhin: wenn die Aufnahme reicher Länder in die Union schon wirtschaftlichen Streit auslöst, kann man sich leicht ausmalen wie es zugehen wird, sollte einmal wirklich über die Integration wirtschaftlich schwacher Länder wie Polen oder anderer verhandelt werden⁴. Aber diesmal ging die Krise noch tiefer. Diesmal ging es im Kern um die unterschiedlichen europapolitischen Vorstellungen selbst. Dies wurde am Streit um die zukünftigen Abstimmungsmodalitäten im Europäischen Rat deutlich. Während es vor allem Großbritannien darum ging, die Sperrminorität von 23 Stimmen beizubehalten, um dadurch den Integrationseffekt zu verwässern, woll-

3 Vgl. "Erweiterung der Europäischen Union steht unter keinem guten Stern", in: *Süddeutsche Zeitung* vom 22. Februar 1994, S.14.

4 Vgl. dazu den Beitrag von *Lutz Hoffmann* in diesem Band.

ten die meisten anderen Staaten, allen voran Frankreich, die erforderliche Stimmenzahl entsprechend der neuen Anzahl der Mitglieder auf 27 erhöhen. Schließlich einigte man sich auf einen EU-typischen Formelkompromiß: Sollten sich 23 Stimmen gegen eine anstehende Entscheidung finden, so soll diese zunächst für einen unbestimmten Zeitraum ausgesetzt und dann noch einmal vorgelegt werden, wobei dann eine Sperrminorität von 27 Stimmen gelten soll.

Entscheidend bei diesem Streit war, daß die unterschiedlichen, um nicht zu sagen gegensätzlichen europapolitischen Interessen der "großen Drei" Deutschland, Frankreich und Großbritannien offen zutage traten. Während Frankreich sich wenig aufgeschlossen gegenüber einer Erweiterung der Europäischen Union zeigt und die Gemeinschaft lieber klein aber fein gestalten möchte, spricht: möglichst integriert mit einem fest eingebundenen Deutschland und großem französischem Einfluß⁵, möchte Großbritannien umgekehrt die Union zwar erweitern, aber den weitgehend ungeliebten Vertiefungsprozeß möglichst stoppen. Deutschland dagegen möchte wie immer am liebsten beides: Vertiefung, damit in Frankreich keine Furcht vor Deutschland aufkommt, und Erweiterung insbesondere mit Blick auf die osteuropäischen Nachbarn, um diese zu stabilisieren⁶. Im Falle einer Osterweiterung fürchtet Frankreich dagegen verminderten Einfluß bis hin zu Marginalisierung bei gleichzeitiger deutscher Dominanz. In jedem Fall ist es für Frankreich wichtiger, die Entscheidungsmechanismen der Europäischen Union schon nach der wahrscheinlich 1995 erfolgten Norderweiterung zu reformieren und effizienter zu gestalten, als dies in Deutschland der Fall ist.

Diese Krise zeigt zweierlei: erstens, daß Europapolitik immer noch nationalen Interessen folgt und kein übergeordnetes Ziel an und für sich darstellt, und zweitens, daß die Europäische Union in diesem Zustand der Uneinigkeit über das Ziel des europäischen Integrationsprozesses und der widerstreitenden ökonomischen Interessen innerhalb der Union keineswegs in der Lage ist, sich der gesamteuropäischen Herausforderung wirklich zu stellen. Dies gilt insbesondere, falls es – was vor dem dargelegten Hintergrund durchaus zu erwarten ist – zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen Deutschland und Frankreich in der Europapolitik kommt. Sollten diese beiden Lokomotiven des europäischen Zuges nicht mehr in eine Richtung fahren, wird der Zug bestenfalls zum Stillstand kommen⁷.

5 Dafür spricht nicht zuletzt der im Mai 1994 vom französischen Europa-Minister Alain Lamassoure unterbreitete Vorschlag, 12 EU-Staaten sollten sich zu einer Kerngemeinschaft zusammenfinden, die auf Nachzügler wie Großbritannien keine Rücksicht zu nehmen hätte. Vgl. Tom Buerkle, France Wants Core of Members To Pursue Selected EU Goals, in: *International Herald Tribune* vom 31. Mai 1994, S.1.

6 So verabredeten Deutschland und Frankreich enge Kooperation für ihre aufeinanderfolgenden EU-Ratspräsidentschaften, aber gleichzeitig wird von Bundesaußenminister Kinkel die Heranführung der Staaten Mittel- und Osteuropas an die EU als erstes Ziel deutscher Außenpolitik genannt. Vgl. seine Rede in der Graf-Stauffenberg-Kaserne in Sigmaringen am 29. April 1994.

7 Skeptisch in bezug auf die Osterweiterungsfähigkeit der EU auch: Christian Deubner/Heinz Kramer, Die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa: Wende oder Ende der Gemeinschaftsbildung?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Nr.B 18–19/94 vom 6. Mai 1994, S. 12–19; vgl. auch Christian Deubner, Deutschland, Frankreich und die EU, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* Nr. 3/1994, S.211–222. Das Drama des Europäischen Gipfels in Korfu im Juni

Drei weitere Gründe sind ausschlaggebend dafür, daß die Europäische Union auf absehbare Zeit weder zu weiterer Vertiefung noch zu einer Erweiterung gen Osten in der Lage sein dürfte: die wirtschaftliche Situation, die mangelhafte demokratische Struktur der Gemeinschaft, sowie ihre außen- und sicherheitspolitische Schwäche.

┌ Ralf Dahrendorf hat in einem viel beachteten Essay Jean Monnet, dem Gründervater des europäischen Integrationsprozesses, vorgeworfen, er wollte Europa gleichsam durch die Hintertür verwirklichen. Durch eine wirtschaftliche Integration sollte eine "*Integration der Sachlogik*" geschaffen werden, die schließlich auch zur politischen Integration führen sollte. Dieser Weg sei nun, so Dahrendorf, mit den Verträgen von Maastricht, an sein Ende gelangt. Es zeige sich nun, daß dieser technokratische Weg an seine gesellschaftlichen Grenzen stoße⁸.

In der Tat scheint die Grundidee von Maastricht, nämlich die politische Integration via der Errichtung einer gemeinsamen Währung zu schaffen, in eine Sackgasse zu führen. Schon jetzt ist deutlich geworden, daß die beschlossenen Zeitpläne nicht einhaltbar sind. Nachdem Großbritannien und Italien schon aus dem gemeinsamen Währungsverbund ausgeschieden waren, schlingerte das Europäische Währungssystem im August 1993 in eine akute Krise. Es zeigte sich, daß es sich bei ihm um eine Schönwetterveranstaltung handelte, die bei anhaltender Rezession der auftretenden Wettbewerbsprobleme nicht mehr Herr wurde.

Als die EU-Kommission im Juli 1994 "*Blaue Briefe*" an diejenigen Mitgliedstaaten versandte, die die in Maastricht aufgestellten Konvergenzkriterien in den Bereichen Zinsniveau, Inflationsrate, Staatsschulden und Haushaltsdefizit nicht erfüllen, blieben nur Luxemburg und Irland verschont. Dabei übersteigt die Staatsschuld Irlands mit 93% des Bruttoinlandsproduktes bei weitem die in Maastricht festgelegte Marge von 60%. Doch die Kommissare gaben sich damit zufrieden, daß Irland in den letzten sieben Jahren seine Schuld von 117% auf 93% abgebaut hatte. Damit sei die Anforderung erfüllt, sich den geforderten 60% rasch zu nähern⁹. Es zeigt sich also bereits eine Tendenz, die in Maastricht festgelegten Kriterien zu verwässern, da sie sonst praktisch von niemandem erfüllt werden könnten. Ein solches Vorgehen dürfte jedoch nicht bei allen Mitgliedstaaten auf Gegenliebe stoßen, vor allem nicht bei denjenigen, die daran besonders interessiert sind, eine etwaige europäische Währung so stabil wie möglich zu machen.

Hinzu kommt, daß die Bemühungen der EU-Staaten, die in Maastricht aufgestellten Konvergenzkriterien für die Aufnahme in eine spätere gemeinsame Währung zu erfüllen

1994 zeigte darüber hinaus, daß Deutschland und Frankreich innerhalb der Union auch gar nicht unbedingt mehr durchsetzungsfähig sind. Ihr Kandidat für den Kommissionsvorsitz, der belgische Ministerpräsident Dehaene, scheiterte am Veto des britischen Ministerpräsidenten Major. Die Durchsetzungsfähigkeit eines deutsch-französischen Tandems dürfte nach erfolgter Erweiterung der EU eher ab- als zunehmen.

8 Vgl. Ralf Dahrendorf, Ein Europa für die Zukunft, in: *Der Spiegel* Nr. 1/1994, S.28-29.

9 Vgl. "Brüsseler Kommission will künftige Europäische Währungsunion aufweichen", in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. Juli 1994, S.22.

sogar, besonders im Hinblick auf die Reduzierung der in fast allen Ländern hohen Staatsschuld, rezessionsverschärfend gewirkt haben¹⁰. Auch gibt es kein gemeinsames politisches Dach für die angestrebte gemeinsame Währung. Selbst falls die Währungsunion verwirklicht werden könnte stünde sie nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge quasi als einsame Säule frei im Raum.

Vor diesem Hintergrund angestellte Überlegungen, nur eine kleine Währungsunion, also ein "Kerneuropa" bestehend aus Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten zu schaffen, führen in die Irre¹¹. Ein solches "Europa der zwei Geschwindigkeiten" könnte sogar eine enorme Desintegrationswelle auslösen. Wenn es denn richtig ist, daß eine Währungsunion den daran beteiligten Staaten wichtige ökonomische Vorteile bringt, dann müßte sich demzufolge der Abstand zwischen ihnen und den nicht an der Währungsunion beteiligten Staaten eher vergrößern. Außerdem besteht der Grundwiderspruch ja gerade darin, daß die Währungsunion *politisch* motiviert ist, also zu Integration führen soll, sodaß eine kleine Währungsunion eben politisch genau das Gegenteil bewirkt. Daß nun die Deutschen bestimmen wollen, wer in der Europäischen Union in der ersten Reihe sitzt, kommt einem Frontalangriff auf die bisher geltenden Grundprinzipien des europäischen Einigungsprozesses gleich, die auf Konsens und Ausgleich beruhen. Daher konnte das Echo auf das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte "Kerneuropa-Papier" nicht verwundern. Kaum eine europäische Regierung, vor allem nicht die britische, wird es sich gefallen lassen, sich auf die hinteren Bänke verweisen zu lassen. Auch erscheint die Zusammensetzung Deutschland/Frankreich/Benelux insofern willkürlich, als Spanien zum Beispiel Interesse an einer europäischen Verteidigung zeigt, nicht aber die noch immer eher atlantisch ausgerichteten Niederlande. Die von dem "Kerneuropa-Papier" ausgelöste Debatte machte die zuvor schon sichtbare fundamentale innere Krise der Europäischen Union nur noch sichtbarer¹².

Ist die Prämisse richtig, daß es nunmehr um Gesamteuropa geht, so muß das Maastricht-Projekt noch einmal grundsätzlich überdacht werden. Anstatt sich in einem "Kerneuropa" einzugeln, sollte den osteuropäischen Befürchtungen hinsichtlich eines erneuten EU-Protektionismus wirksam begegnet und die Märkte geöffnet werden, anstatt sie auf für die Osteuropäer wichtigen Feldern zu verschließen. Daß dies umgekehrt gegen die ökonomischen Interessen der Westeuropäer verstoßen kann, vor allem dann, wenn damit Arbeitsplätze zur Disposition gestellt werden, darf nicht übersehen werden. Aber umgekehrt trägt es nicht zur Glaubwürdigkeit der Europäischen Union bei, den Osteuropäern die

10 Vgl. Jürgen Pfister, Ist das Europäische Währungssystem am Ende?, in: *Europa-Archiv* Nr. 24/1993, S.711-717.

11 Vgl. CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Überlegungen zur europäischen Politik, Bonn 1. September 1994 (hektographiert)

12 Vgl. zur Kritik des "Kerneuropa-Papiers" Udo Bergdoll, Kaiser Wilhelm läßt grüßen, *Süddeutsche Zeitung* vom 7. September 1994, S.4, sowie den Beitrag von Gilbert Ziebura in diesem Band.

freie Marktwirtschaft zu predigen, sich aber gleichzeitig ihnen gegenüber abzuschotten, und zwar gerade auf den Gebieten, auf denen sie konkurrenzfähig sind¹³.

Die mangelhafte demokratische Struktur der Europäischen Union

Ein weiteres zentrales Problem der Europäischen Union ist ihre mangelhafte demokratische Struktur. Während die nationalen Regierungen auf der Ebene des Europäischen Rates quasi gleichzeitig die Legislative und die Exekutive bilden, sind die Rechte des Europäischen Parlaments stark eingeschränkt. Auch nach Maastricht bleibt es weit davon entfernt, über klassische Rechte eines Parlamentes zu verfügen wie zum Beispiel Wahl und Abwahl einer Regierung. Hinzu kommt, daß das demokratische Prinzip des "One Man – One Vote" auf europäischer Ebene kaum verwirklicht sein dürfte, da sonst die kleineren Mitgliedstaaten benachteiligt wären. So hat heute die Stimme eines irischen oder dänischen Wählers bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mehr als doppelt so viel Gewicht wie die eines britischen, italienischen oder französischen, da die Abgeordneten aus diesen Ländern viel mehr Bürger vertreten.

Verschärfend wirkt, daß Versuche der Demokratisierung der Union in ein Spannungsverhältnis mit der Erweiterung der Mitgliedschaft treten. Eine erweiterte Union müßte ihre Struktur eigentlich vertiefen, d.h. sich mehr Kompetenzen aneignen und auch zu Mehrheitsbeschlüssen fähig werden, um weiterhin handlungsfähig zu bleiben. Der neue Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, hat darauf hingewiesen, daß eine vergrößerte Europäische Union entweder nicht handlungsfähig oder nicht demokratisch sein wird. Denn zugunsten der Effizienzsteigerung auf der Europäischen Ebene müßten die Parlamente der einzelnen Mitgliedsländer weitgehend entmachtet werden¹⁴.

Genau dem widerspricht aber das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Maastrichter Verträgen. In seinen entscheidenden Passagen geht das Gericht davon aus, daß die Europäische Union einen Staatenverbund mit dem Ziel einer immer engeren Union der staatlich organisierten Völker Europas, nicht jedoch einen sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden Bundesstaat darstelle. Das Ziel des Integrationsprozesses bleibe offen, die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA sei derzeit nicht beabsichtigt, und die EU-Mitgliedstaaten hätten die Freiheit, ihre Mitgliedschaft auch wieder aufzuheben. Entscheidend bleibe, daß die europäischen Staatsvölker durch die mit entsprechenden Befugnissen ausgestatteten *nationalen* Parlamente repräsentiert werden, der Ausdehnung der Aufgaben und Befugnisse der EU vom demokratischen Prinzip her mithin Grenzen gesetzt sind¹⁵.

13 Vgl. Reimut Jochimsen, Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Chancen und Risiken, in: *Europa-Archiv* Nr. 13-14/1993, S.377-388. "Die Furcht vor der Festung 'Europa' wächst", in: *Süddeutsche Zeitung* vom 1. Oktober 1993, S.14.

14 Vgl. Klaus Hänsch, Vertiefung der Gemeinschaft und gesamteuropäische Identität, in: *Europa-Archiv* Nr. 13-14/1993, S.389-396.

15 Der Text des Urteils ist in Auszügen abgedruckt in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14. Oktober 1993, S.11.

Aus alledem folgt, daß der Prozeß der Entscheidungsfindung in einer erweiterten Europäischen Union noch schwieriger werden dürfte, als er ohnehin schon ist. Die Kunst des Kompromisses, des kleinsten gemeinsamen Nenners, wird mehr als je zuvor gefragt sein. Daß dabei am Ende mehr Bürgernähe herauskommt, die für die Verbesserung der Akzeptanz der EU so dringend nötig wäre, ist eher fraglich. Wahrscheinlich dürfte sogar die Effizienz im Meer von noch mehr miteinander widerstrebenden nationalen Interessen leiden.

Die Mängel der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

Unterschiedliche bis gegensätzliche Interessen kommen insbesondere im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zum Tragen. Die entsprechenden Bestimmungen sind in den Maastrichter Verträgen ohnehin nur sehr schwach ausgebildet. Sie verbleiben im intergouvernementalen Bereich, werden also nicht vergemeinschaftet. Die Westeuropäische Union (WEU) wird zwar zum verteidigungspolitischen Arm der EU erklärt, aber bislang sind noch nicht einmal alle EU-Mitglieder auch gleichzeitig WEU-Staaten. Vielmehr haben es Dänemark und Irland bisher unterlassen, eine entsprechende Einladung der WEU anzunehmen. Auch ob die neu aufzunehmenden Staaten Österreich, Norwegen, Schweden und Finnland ausnahmslos der WEU beitreten werden, ist bisher noch unklar. Ebenso wurde zwar ein – zunächst deutsch-französisches – Euro-Korps gegründet, das u.a. unter dem Dach der WEU operieren können soll, doch beteiligen sich daran bisher neben den genannten Ländern lediglich Belgien, Luxemburg und Spanien. Hauptgrund dafür ist, daß einige EU-Staaten wie vor allem Großbritannien die NATO einem rein europäischen Verteidigungsverbund vorziehen¹⁶.

In europäischen Konflikten, besonders im ehemaligen Jugoslawien, vermochte es die EU bisher nicht, ein eigenständiges Profil zu gewinnen. Ausschlaggebend dafür waren zum einen unterschiedliche Sichtweisen des Konflikts im Kreis der EU-Staaten und zum anderen die Tatsache, daß die Europäische Union ihre Diplomatie nicht ausreichend militärisch abdecken konnte. So bleibt die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein äußerst schwaches Instrument. An die Verwirklichung so ehrgeiziger Ziele wie eines gemeinsamen ständigen Sitzes der EU anstelle derjenigen von Frankreich und Großbritannien im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist zur Zeit nicht im entferntesten zu denken.

Problematisch dürfte es auch mit Blick auf die beabsichtigte Osterweiterung werden. Bekanntlich streben alle Staaten östlich der EU und westlich der GUS einen militärischen Schutz in einem Bündnis an, wobei die Priorität die NATO besitzt. Tatsächlich wäre diese aufgrund der amerikanischen Beteiligung am ehesten dazu in der Lage, Schutz zu gewähren. Mit dem auf dem Gipfel vom Januar 1994 verabschiedeten Programm "Partnerschaft für den Frieden" wurde dieses Thema jedoch vorerst verschoben. Fraglich ist, ob die USA mit einer stark auf die Innenpolitik konzentrierten Clinton-Administration bereit wären, zusätzliche Verpflichtungen in Europa zu übernehmen. Ungeklärt ist

¹⁶ Vgl. *Oliver Thränert* (Hrsg.), *Die EG auf dem Weg zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik*, Bonn (*Friedrich-Ebert-Stiftung*) 1992.

auch die Frage, wie eine Erweiterung politisch so abgesichert werden könnte, daß sich solche Staaten, die nicht aufgenommen werden würden, und hier ist besonders an Rußland zu denken, nicht isoliert fühlen.

Das zentrale Dilemma der Europäischen Union besteht darin, daß eine Aufnahme neuer Mitgliedsländer im Osten keineswegs automatisch mit einer Osterweiterung der NATO einhergehen muß. Die USA werden eine solche Entscheidung kaum von einer Institution abhängig machen, nämlich der EU, in der sie nicht einmal vertreten sind. Auch ist fraglich, ob Frankreich eine solche Konstruktion, die letztlich zu einem sicherheitspolitischen Primat der NATO führen könnte, gutheißen würde. Umgekehrt wäre der Ausbau von EU und WEU zu einem schlagfähigen, rein europäischen sicherheitspolitischen Instrument kaum nach dem Geschmack traditionell atlantisch ausgerichteter Nationen wie Großbritannien oder den Niederlanden. Abgesehen davon mangelt es der EU/WEU an Transport-, Satellitenaufklärungs-, Kommunikations- und Führungsmitteln. Sie zu beschaffen dürfte angesichts der kaum dazu vorhandenen Finanzen derzeit als illusorisch angesehen werden. Aus all den genannten Gründen dürfte eine nach Osten erweiterte EU zunächst eine Zone unterschiedlicher Sicherheit darstellen, mit all den daraus folgenden politischen Schwierigkeiten¹⁷.

Zurück zum Nationalismus oder ein neues Europa?

Aus all dem Gesagten über die Europäische Union sollte jedoch keinesfalls ein Plädoyer für eine Renationalisierung der europäischen Politik abgeleitet werden. Ganz im Gegenteil: Will sich Europa den künftigen Problemen wirksam stellen – sei es im ökonomischen oder ökologischen Bereich oder bei der Verhinderung gewaltsam ausgetragener Konflikte – so ist mehr europäische Zusammenarbeit erforderlich. Es gibt zur Integration, zur immer engeren Kooperation möglichst aller europäischen Völker keine vernünftige Alternative. Die Frage ist jedoch, ob der Weg, den die Europäische Union in Maastricht eingeschlagen hat, der richtige ist, bzw. welche Korrekturen angebracht sind. Eine künftige wahrhaft europäische Politik benötigt daher mehr als lediglich das Schönreden bisheriger Erfolge und Scheinerfolge der Europäischen Union. Sie erfordert im Gegenteil das unvoreingenommene Überdenken des bisherigen Ansatzes der europäischen Integration, ohne jedoch in die Düsterei eines von konservativer Seite zunehmend vorgetragenen Nationalismus zurückzufallen. Dazu ist ein offener, auf möglichst breiter gesellschaftlicher Basis ausgetragener Diskurs erforderlich. Einen kleinen Anstoß dazu soll der vorliegende Band liefern.

¹⁷ Vgl. *Mathias Jopp*, Langer Weg – Kühnes Ziel: Gemeinsame Verteidigungspolitik, in: *Europa-Archiv* Nr. 13–14/1994, S.397–404

Gilbert Ziebura

Europäische Union und Gesellschaft

Fragestellung

Um die Einigung Europas ist es nicht gut bestellt. "Von unten", aus der Sicht der Bevölkerung, scheint, nach den Auseinandersetzungen um den Vertrag von Maastricht, wieder Distanz und Desinteresse an Boden zu gewinnen. Eine Umfrage im Frühjahr 1994 hat ergeben, daß nur noch 54% die Mitgliedschaft in der EU als eine "gute Sache" ansehen gegen 71% im Frühjahr 1991. Von Mal zu Mal nimmt die Beteiligung an den Wahlen zum Europa-Parlament ab; im Juni 1994 waren es im EU-Durchschnitt nur noch 56%, abgesehen davon, daß Europa-Wahlen in allen EU-Mitgliedsländern nur als Test für bevorstehende nationale Wahlen gelten, ein Zeichen dafür, daß es so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit als Ort transnationaler Willensbildung nicht gibt. Politisch-ideologische Diskurse und Herrschaftsverhältnisse formieren sich weiterhin im nationalen Rahmen. Auch in den skandinavischen Ländern (v.a. Finnland) scheinen die Anhänger eines Beitritts zur Union in die Defensive zu geraten.

Das Bild, das sich "von oben", aus der Sicht der nationalen Regierungen, bietet, ist nicht besser. Der Eindruck verschärft sich, daß die Kluft zwischen der wachsenden Fülle weltpolitischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Herausforderungen und der Fähigkeit zu ihrer Bewältigung immer größer wird. Das Delors-Weißbuch "Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung", das, insbesondere im Infrastrukturbereich, konkrete Maßnahmen zur Überwindung der Rezession und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Union enthält, ist inzwischen im Gestrüpp national-staatlicher Beckmesserei und neoliberaler Marktgläubigkeit hängengeblieben. Überall dominiert die Vorstellung, daß eine einigermaßen gleichgerichtete Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer genügt, um aus dem herauszukommen, was als "konjunkturelle Talsohle" gilt. Das bedeutet aber, daß eine Anti-Krisenpolitik auf EU-Ebene nicht existiert, möglicherweise gar nicht existieren kann.

Die Klagen über die außen- und sicherheitspolitische Abwesenheit der EU sind zur Routine entnervter Leitartikler verkommen. Inzwischen bahnt sich, fast unbemerkt, die nächste, an die Wurzeln ihres Selbstverständnisses reichende Krise der Europäischen Union an. Nicht zufällig mehren sich gleichzeitig in Frankreich und Deutschland die Stimmen verantwortlicher Politiker, die plötzlich das fordern, was sie bislang mit dem Brustton der Überzeugung verdammt hatten: ein Europa (zweier oder mehrerer) "unterschiedlicher Geschwindigkeiten"². Jetzt rächt sich, daß es seit dem Zusammenbruch des Sowjet-

1 Commission of the European Communities, *Eurobarometer*, Public Opinion in the European Community, Nr. 41 (Juli 1994), S. 10.

2 In Frankreich Europaminister Lamassoure (*Le Monde*, 31. Mai 1994), Premierminister Balladur (*Le Figaro*, 30. August 1994), Außenminister Juppé (*Le Monde*, 6. September 1994); in Deutschland das Strategiepapier der CDU/CSU-Fraktion vom 1. September 1994 (Auszüge *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Hrsg.), 8. September 1994), ähnliche Position von Peter Glotz und Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, Europäische Währungsunion und Politische Union – das Modell mehrerer Geschwindigkeiten, in: *Europa-Archiv*, Nr. 16, S. 457–460. In Frankreich hat bereits eine intensive

Kommunismus und dem Ende der Nachkriegsordnung keine große, öffentliche, kritische Debatte um die Finalität der europäischen Einigung in einer radikal gewandelten Welt gegeben hat. Maastricht, das auf Vertiefung, also auf Kontinuität des Einigungsprozesses im Rahmen der Zwölf setzte, hat sie verhindert. Inzwischen muß anerkannt werden, was unvoreingenommene Geister seit langem wissen: Daß Vertiefung und Erweiterung unvereinbar sind³. Andererseits naht die Regierungskonferenz, die 1996 zur Überprüfung des Maastricht-Vertrags angesetzt ist, mit großen Schritten. Um aus dem Dilemma herauszukommen, sprießen die Modelle, die die "Flexibilisierung" der europäischen Konstruktion anvisieren, wie Pilze aus dem Boden. Terminologie wie Inhalte bleiben im Vagen: "Europa der variablen Geometrie", "der konzentrischen Kreise", "Europa à la carte", Teilmemberschaft, "Europäischer Politischer Raum", alles Begriffe, die durchaus Unterschiedliches meinen⁴. Aber vielleicht kommt jetzt jene große Debatte über die Zukunft Europas in Gang, die längst überfällig war und die nun sogar ein Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (8.9.1994) anmahnt. Der HERR heißt auch die Arbeiter der elften Stunde in seinem Weinberg willkommen!

Was bei alledem irritiert, ist nicht nur die Schnelligkeit und Radikalität des Sinneswandels, sondern die sich erneut manifestierende Unfähigkeit, die neuen Zielsetzungen zu Ende zu denken. Sie bedeuten zunächst den Abschied von dem seit der Montan-Union und den Römischen Verträgen gültigen Prinzip gleichgerichteter Entwicklung. Abweichungen galten als eng zu begrenzende Ausnahmen. Natürlich ist dieses Prinzip mit den Herausforderungen der Erweiterung, insbesondere in Richtung Osteuropa, nicht in Einklang zu bringen. Nun aber gerät man in die entgegengesetzte Gefahr. Wie sieht das Verhältnis Kerneuropa/Peripherie aus? Ist das unweigerlich eintretende Spannungsverhältnis von Exklusivität nach innen und notwendiger Öffnung nach außen beherrschbar? Impliziert die Exklusivität des Kerns nicht schon deshalb eine faktische Hegemonieposition, weil hier die Kriterien für die künftige Entwicklung definiert werden? Mit welchem Recht? Was muß getan werden, um eine Hierarchisierung der Macht- und Wohlstandsverhältnisse nicht zu zementieren, was gleichbedeutend mit einem Prozeß der Desintegration, ja der "Kernspaltung" (Genscher) wäre? "Das Tempo des Geleitzuges darf nicht vom langsamsten Schiff bestimmt werden", heißt es. Das klingt nur solange einleuchtend, wie man nicht erklärt, wie abgekoppelte Schiffe wieder den Anschluß finden.

In Wahrheit vermag niemand eine solche Erklärung vorzulegen. Sie wäre nur möglich, wenn endlich die gesellschaftliche Dimension des europäischen Einigungsprozesses schärfer ins Blickfeld geriete. In dieser Hinsicht haben aber sowohl wissenschaftliche Forschung wie politische Praxis ein geradezu verhängnisvolles Defizit aufzuweisen⁵. Die

Debatte begonnen. Vgl. Pierre Maillot/Mario Telo (Hrsg.), *L'Europe à géométrie variable*, Paris 1994; Mario Telo, *L'Union européenne et les déficits de l'élargissement*, Brüssel 1994.

3 Vgl. z.B. meine Auseinandersetzung mit Klaus Hänsch in: *Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Der Vertrag von Maastricht - Sprengsatz oder Treibsatz für die Einigung Europas? Die aktuelle Diskussion im Dreieck London-Paris-Bonn*, Reihe Gesprächskreis Europa Nr. 2, Bonn 1993.

4 Vgl. Ulrich Fastenrath, *Variable Geometrie, konzentrische Kreise*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. September 1994.

5 Vgl. die Kritik von Hartmut Kaelble, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas, 1880-1980*, München 1987, S. 9f. Erste Ansätze: Isabel Alves-

inzwischen unübersehbare Flut der Veröffentlichungen kreist im Grunde um zwei Aspekte: den ökonomisch-monetären der Marktintegration und weltwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit sowie den politischen der Entscheidungsfindung im Spannungsfeld von Verflechtung und nationalem Interesse, wobei die Politikfelder immanent, für sich betrachtet werden ("*Policy-Forschung*"), nicht aber als Elemente einer übergreifenden Einheit. Wer ist dann imstande, das Puzzle zusammenzusetzen? Wir reden von zunehmender "*Vernetzung*" lokal-regionaler, nationaler und transnationaler Entscheidungsebenen, ja davon daß, etwa in der Regionalpolitik, neue, adäquate Politikformen entstehen⁶.

Alles das erscheint ziemlich abgehoben, fast wie im luftleeren Raum, bestenfalls als Sammelsurium von Funktionalitäten. Merkwürdigerweise scheint dieser Eindruck niemanden zu stören. Tatsächlich findet in Wissenschaft und Praxis der Einigungsprozeß ohne Gesellschaft statt. Bisweilen blitzt das Problem auf, wenn es etwa um die "*Sozialcharta*" oder den "*sozialen Raum*" geht. Was dabei herauskommt, ist symptomatisch: die Formulierung eines Minimums von sozialen Schutzrechten, praktisch eine Art starker Verdünnung nationalstaatlicher Arbeitsrechtsnormen, Errungenschaften des Sozialstaats auf niedrigstem Niveau. Selbst dagegen sperrt sich Großbritannien. Dahinter verbirgt sich aber ein fundamentales Problem gesellschaftlicher Machtstrukturen: das Verhältnis Kapital-Arbeit. Die Sozialcharta blendet es aus. Auf europäischer Ebene existiert es also nicht. Soweit reichen Verflechtung und Vernetzung nicht oder, besser, dürfen nicht reichen. Diese Domäne des Nationalstaats bleibt unangetastet, was nichts anderes heißt, als daß die sozialen Kosten des Einigungsprozesses, der natürlich Gewinner und Verlierer kennt, von ihm allein zu begleichen sind und ihm niemand dabei in die Quere zu kommen hat. Die Organisation der Arbeitsbeziehungen, ein entscheidender Bereich staatlich-gesellschaftlicher Regulation, bleibt ausschließlich in seiner Kompetenz. Umso nachdrücklicher muß die Frage gestellt werden: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der aktuellen Form der Integration und dem Zerfall innergesellschaftlicher Kohäsion ("*Zwei-Drittel-Gesellschaft*"), wie er in allen westeuropäischen Ländern unübersehbar ist?

Was aber bedeutet diese Frage für die gesellschaftlichen Grundlagen des Einigungsprozesses, nun nicht nur aus west-, vielmehr aus gesamteuropäischer Perspektive? Sollte dieser Prozeß tatsächlich zur Zersetzung der sozialen Kohäsion beitragen, dann wird seine Legitimität, früher oder später, gewaltigen Schaden nehmen. Alle institutionellen Probleme, auf die sich die Aufmerksamkeit wieder einmal zuzuspitzen scheint, müssen dem gegenüber verblassen. Weitere Fragen drängen sich auf. Welche gesellschaftlichen Folgen hat die Marktintegration? Was bedeuten die Intensivierung der Austauschbeziehungen und die (zweifelloso asymmetrische) Mobilität der Produktionsfaktoren für den unerläßlichen Zusammenhalt der Gesellschaften? Grundsätzlicher: Gibt

Duarte, Auswirkungen der EG-Integration auf Struktur und Funktionsweise des fragmentierten Arbeitsmarktes in Portugal, Frankfurt a.M. usw. 1994.

6 Vgl. z.B. *Ingeborg Tömmel*, Die Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaft und ihre Implementation in Italien, Baden-Baden i.E.; *dies.*, System-Entwicklung und Politikgestaltung in der Europäischen Gemeinschaft am Beispiel der Regionalpolitik, in: *Michael Kreile (Hrsg.)*, Die Integration Europas, Politische Vierteljahresschrift-Sonderheft 23, Opladen 1992.

es eine Tendenz zur Annäherung, Angleichung, ja Homogenisierung westeuropäischer Gesellschaften? Bildet sich, wie vermutet wird⁷, so etwas wie ein EU-metropolitanes Wachstumsmodell heraus, was dann, zumindest langfristig, die Entstehung einer westeuropäischen Gesellschaftsformation⁸, zunächst auf einen Kern beschränkt, bedeuten würde? Wie ist unter diesen Bedingungen eine Erweiterung vornehmlich nach Osten möglich? Ist gesellschaftliche Integration mit sozioökonomischer und kultureller Öffnung ohne weiteres vereinbar? oder fördert sie, vor allem in Umbruchzeiten, eine Festungsmentalität, nicht nur angesichts der Wanderungsbewegungen? oder entwickeln sich in Westeuropa "postnationale Gesellschaften" (P. Glotz), was immer das bedeuten mag? Wenn es diesen Angleichungsprozeß gibt, wie verläuft er? Linear-kontinuierlich oder dialektisch über Krisen und Konflikte? Warum ist der Agrarsektor politisch am weitesten integriert, obwohl gerade er durch besonders gravierende Unterschiede von Land zu Land gekennzeichnet ist?

Oder haben, im Gegensatz dazu, Kräfte gesellschaftlicher Desintegration bereits Oberhand gewonnen, wie angedeutet? Dann stoßen wir auf den merkwürdigen Umstand, daß es in allen Mitgliedsländern eine Konvergenz der Krisenphänomene gibt: strukturelle Arbeitslosigkeit, Krise der Arbeitsgesellschaft, Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme, massive öffentliche Verschuldung, Zunahme der sozialen und regionalen Disparitäten, unbewältigte Vereinbarung ökonomischer und ökologischer Herausforderungen, Legitimationsdefizite der politischen Systeme, Unreformierbarkeit längst dysfunktionaler Bildungssysteme, moralisch-geistig-kulturelle Krise der Wohlstandsgesellschaften, soziale Probleme der Großstädte, Probleme mediatisierter Informations- und Dienstleistungsgesellschaften, Verallgemeinerung der Korruption usw. Abgesehen von Großbritannien gibt es sogar einen Gleichklang konjunktureller Zyklen: Alle EU-Mitgliedsländer scheinen, wenn auch mühsam, die Rezession zu überwinden, aber jedes für sich. Liegt es daran, daß ein grundlegender Widerspruch zwischen ökonomischer und sozialer Verflechtung besteht? Schließt die erstere vielleicht sogar die zweite aus⁹? Und wenn der Eindruck zutrifft, daß sich die westeuropäischen Gesellschaften in einer Krise befinden, wie sollen sie dann, auf einer so ungewissen Grundlage, die Erweiterung in Richtung Mittel- und Osteuropa bewältigen?

Damit nicht genug. Die Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung erhält eine weitere spezifische und zugleich widersprüchliche Dimension in der Triade USA-Japan-

7 So Bernd Röttger, *Akkumulation und Regulation in der EG-metropolitanen Integration. Zur Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung in Europa*, Institut für Internationale Politik, Arbeitspapier 022, Berlin 1993.

8 Zu diesem Begriff vgl. Gilbert Ziebur, *Frankreich 1789-1870. Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaftsformation*, Frankfurt a.M./New York 1979, Einleitung.

9 Über die Gefahr einer zunehmenden Frontstellung Ökonomie-Gesellschaft als Folge neoliberaler Politik gibt es inzwischen, insbesondere in Frankreich, eine intensive wissenschaftliche Diskussion, die von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurde, sieht man vom Phänomen der "Neuen Armut" ab. Vgl. insbesondere Bernard Perret/Guy Roustan, *L'Économie contre la société. Affronter la crise de l'intégration sociale et culturelle*, Paris 1993; ähnlich Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik (Hrsg.), *Solidarität am Standort Deutschland*, Frankfurt a.M. 1994.

EU¹⁰. Die Europäische Union ist entweder als Ganzes (GATT-Verhandlungen) oder in Gestalt ihrer Multinationalen Konzerne voll in den Transnationalisierungsprozeß des Weltkapitalismus eingebunden und damit integraler Bestandteil eines globalen Vergesellschaftungszusammenhangs, dem sich kein Mitgliedsland entziehen kann. Welche Interaktionen sich hier vollziehen und was sie für den west- bzw. gesamteuropäischen Einigungsprozeß bedeuten, ist weitgehend unbekannt oder wird verdrängt. Die oft von der Politik verbreitete, auf Beruhigung der Gemüter abzielende Behauptung, daß Globalisierung, Regionalisierung und Renationalisierung letztlich einander befruchtende, harmonische Prozesse darstellen, gehört zu den vielen Illusionen, für die, wie immer, teuer bezahlt werden muß.

Im folgenden kann nur der Versuch unternommen werden, angesichts des miserablen Forschungsstandes einige der hier aufgeworfenen Fragenkomplexe in Form einer Problemskizze zu behandeln.

Tendenzen gesellschaftlicher Vereinheitlichung

Historische Dimension

Schon hier beginnen die Schwierigkeiten. In einer der wenigen Langzeituntersuchungen kommt der Sozialhistoriker *Hartmut Kaelble* zu dem Ergebnis, daß sich die westeuropäischen Gesellschaften nicht nur klar von den Gesellschaften in den USA wie in Südostasien unterscheiden, sondern daß im Laufe des 20. Jahrhunderts in Westeuropa eine weitgehende soziale Integration stattgefunden habe, die nur nicht gebührend zur Kenntnis genommen worden sei¹¹. Aber der zweite Teil dieser Aussage überzeugt schon aus methodischen Gründen nicht. *Kaelble* kommt dazu, indem er die gesellschaftliche Entwicklung in einer Reihe europäischer Länder an neun, sicherlich aussagekräftigen, aber ohne nähere Begründung ausgewählten und letztlich, mangels einer übergreifenden Gesellschaftstheorie, voneinander isolierten Indikatoren (Entwicklung der Familie, der Beschäftigung, der Großunternehmen, der sozialen Mobilität, der Bildungssysteme, der sozialen Ungleichheit, der Stadt, des Wohlfahrtsstaates und der Arbeitskonflikte) mißt. Die ausgewerteten statistischen Daten ergeben in der Tat das Bild zumindest tendenzieller Annäherung nationaler Entwicklungen in Westeuropa in den untersuchten Segmenten. Vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg, lautet dann auch die Schlußfolgerung, bildete sich ein spezifisch westeuropäisches "*soziales Modell*" heraus, das sich klar gegenüber den USA und Japan abgrenzt und belegt, daß es einen eigenständigen westeuropäischen Weg gesellschaftlicher Entwicklung gegeben hat.

10 Vgl. *Michael Bonder/Bernd Röttger/Gilbert Ziebura*, Deutschland in einer neuen Weltära. Unbewältigte Herausforderungen, Opladen 1992; *dies.*, Vereinheitlichung und Fraktionierung in der Weltgesellschaft. Kritik des globalen Institutionalismus, in: *Prokla* 91, Juni 1993, S. 327–341; *Bernd Röttger* (Anm. 7); *Josef Esser*, Technologieentwicklung in der Triade. Folgen für die europäische Technologiegemeinschaft, in: *Werner Süß/Gerhard Becher* (Hrsg.), Politik und Technologieentwicklung in Europa. Analysen ökonomisch-technischer und politischer Vermittlungen im Prozeß der europäischen Integration, Berlin 1993; *ders.*, Die Suche nach dem Primat der Politik, in: *Siegfried Unseld* (Hrsg.), Politik ohne Projekt? Frankfurt a.M. 1993.

11 *Hartmut Kaelble* (Anm. 5); reiches statistisches Material auch bei *P. Flora*, State, Economy and Society in Western Europe, 1815–1975, Frankfurt a.M. 1983ff.

Die Verfechter der These vom Kerneuropa könnten in einer zweiten Untersuchung *Kaelbles*, in der er die Entwicklung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880 vergleicht¹², eine Menge Argumente finden. Zunächst beschreibt er, wieder mit Hilfe seiner Indikatoren-Methode, die Gräben, die beide Gesellschaften um die Jahrhundertwende trennten (Unterschiede in der Industrialisierung, der Familienstruktur, des Bürgertums, der Arbeitskonflikte und Staatsintervention). Heute aber habe sich die Situation radikal verändert: "*Niemals im zwanzigsten Jahrhundert waren sich die beiden Gesellschaften so nahe wie in der Gegenwart; niemals hatten sie so viel gemeinsam; niemals waren beide Gesellschaften so stark miteinander verflochten*" (S. 231), auch wenn es keine völlige Angleichung gegeben habe. Worauf es *Kaelble* ankommt, sind aber die Annäherungen, weil sie paradigmatisch für allgemeine westeuropäische Entwicklungen stehen würden.

Aber die Einwände drängen sich auf. Zum einen führt die (willkürliche) Zerlegung von Gesellschaften in Teilstücke dazu, daß auch konstatierte Parallelitäten nichts über den Zusammenhang von Politik, Ökonomie und Ideologie, also nichts über Dynamik und Charakter von Gesellschaften aussagen. Die treibenden Kräfte, die sie zusammenhalten, aber auch Veränderung bewirken, bleiben unsichtbar¹³. Ein für gesellschaftliche Machtstrukturen zentrales Faktum wie die Stellung in der internationalen Arbeitsteilung kommt nicht vor. Gerade in dieser Hinsicht unterscheiden sich Frankreich und Deutschland trotz gewisser Annäherungen bis auf den heutigen Tag, wie die Positionen in der Uruguay-Runde der GATT-Verhandlungen gezeigt haben. Zum anderen hat die konstatierte Konvergenz nichts mit "*sozialer Integration*" zu tun, die nur das Ergebnis einer supranationalen Form des Verhältnisses von Akkumulation (Wachstum) und Regulation (staatlicher Steuerung), also einer supranationalen Herrschaftsstruktur sein kann. Die in der Geschichte des Einigungsprozesses entstehende, im übrigen sehr fragile "Vernetzung" von Politikbereichen ("*Politikverflechtung*") kann alles mögliche bewirken, nur nicht soziale Integration.

Was in den Untersuchungen *Kaelbles* unter den Tisch fällt, ist die einfache, aber folgenschwere Tatsache, daß dieser spezifisch westeuropäische Entwicklungsweg in (aus vielen, besonders historischen Gründen) bisweilen stark voneinander divergierenden nationalstaatlichen Varianten stattgefunden hat. Das gilt in hohem Maße von den jeweiligen Formen sozialer Integration, die nicht zuletzt eine (gewollte) Folge nationalistischer Indoktrination gewesen ist.

Ursachen gesellschaftlicher Angleichung in Westeuropa

Zwei Ursachenkomplexe müssen unterschieden werden. Der eine betrifft den Strukturwandel, den alle, auch außereuropäische hochentwickelte Industriegesellschaften durchgemacht haben und weiterhin durchmachen (veränderter Beitrag der drei Wirt-

12 *Hartmut Kaelble*, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991.

13 Mit seiner Methode ist es *Kaelble* sogar möglich, die Gesellschaften der DDR und Frankreichs miteinander zu vergleichen. So sein Beitrag in: *Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwar (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994.

schaftssektoren zum BSP; Folgen der dritten technologischen Revolution: Tertiarisierung, Tendenzen der Individualisierung usw.). Der andere hat damit zu tun, daß sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Ägide der Pax Americana, begünstigt durch eine lange weltwirtschaftliche Boomphase (die "dreißig goldenen Jahre"), ein hegemonialer Akkumulationstyp in Gestalt der fordistischen Produktionsweise durchsetzte (Massenproduktion und -konsum bei vergleichsweise hohen Löhnen; Kopplung von Produktivität und Lohn usw.), eine Art atlantisches Zivilisationsmodell, von dem massive, durchgreifende Tendenzen gesellschaftlicher Vereinheitlichung ausgingen. Die Formen der Regulation, wie sie sich im keynesianischen Wohlfahrtsstaat manifestierten, wiesen aber, z.T. gravierende, nationale Unterschiede auf, nicht nur zwischen den USA und Westeuropa, sondern auch zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft¹⁴. Entscheidend aber war, daß ökonomische Entwicklung und staatliche Steuerung in einem, wie immer gearteten, Wechselverhältnis zueinander standen. Die Vereinheitlichungsdynamik wurde als so stark empfunden, daß Anfang der 70er Jahre zum ersten Mal das Projekt einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion formuliert werden konnte ("*Werner-Plan*"). Tatsächlich waren damals die gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Erfolg besser als 1991/92 mit dem Vertrag von Maastricht.

Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 brachte nicht nur dieses Projekt zu Fall, sondern unterbrach den Prozeß gesellschaftlicher Annäherung. Da sie sich unterschiedlich auf die nationalen Gesellschaften (trotz mancher Ähnlichkeiten, z.B. die um sich greifende "*Stagflation*") auswirkte, wurden folgerichtig primär nationale Antikrisenpolitiken verfolgt. Wichtiger war, daß sich das keynesianisch-fordistische Wachstumsmodell nicht als überlebensfähig erwies und damit den dominanten gesellschaftlichen Bündnissen (oft unter Führung der Sozialdemokratie) den Boden entzog.

Damit schlug die Stunde derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die, nach langer intellektueller Vorbereitung¹⁵ nun versuchten, ab Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre, begünstigt durch die zweite Welle der Weltwirtschaftskrise, ihre neoliberal-konservative, angebotsorientierte, monetaristische Alternative in die Tat umzusetzen. Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Politik sind ein Paradebeispiel für die Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung. Indem sie sich, von Großbritannien und den USA ausgehend, wie ein Ölfleck in den kapitalistischen Industrieländern ausbreitete und einen einschneidenden sozioökonomischen Paradigmenwechsel verursachte, bewirkte sie einen neuen Vereinheitlichungsschub, nachdem der vorangegangene sich sichtbar erschöpft hatte, gewissermaßen implodiert war. Daraus erklärt sich, daß der damit verbundene gesellschaftliche Machtwechsel, der keineswegs, wie das Beispiel Frankreich lehrt, mit einem politischen Machtwechsel verbunden sein mußte, ohne Widerstand über die Bühne ging. Kein Wunder, wenn das Wort von den "*contraintes extérieures*" in Frankreich geprägt wurde. Der, wie man meinte, "*erzwungene*" Richtungswechsel 1982/83 wirkte wie ein Schock, der nie überwunden wurde und das langsame Ende der Sozialistischen Partei

14 Zu den historischen Gründen vgl. *Gerhard A. Ritter*, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 1989.

15 Vgl. *Richard Cockett*, *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution*, London 1994; aus der umfangreichen Literatur vgl. *Andrew Adonis/Tim Hames (Hrsg.)*, *A Conservative Revolution? The Thatcher-Reagan decade in perspective*, Oxford 1994.

eingeläutet hat. In einem bemerkenswert freimütigen und persönlich gehaltenen Interview Mitterrands findet sich ein spätes Echo, wenn er sagt: "*Der Wirtschaftsaufschwung kommt von außen, wie auch die Krise von außen kam. Das ist ein Faktum, das nicht von der Politik der französischen Regierung abhängt, aber je nachdem, was diese tut, wird Frankreich mehr oder weniger davon profitieren*"¹⁶. Im Klartext: Frankreich kann nur reagieren; hoffentlich geschieht es auf intelligente Weise, um möglichst viel für das Land herauszuschlagen.

Zwar weniger brutal als in Großbritannien und den USA, begann auch auf dem westeuropäischen Kontinent unter den Stichworten Stabilität der Währung, Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeit ein Prozeß gesellschaftlicher Transformation, v.a. des fordistischen Lohnverhältnisses, mit dem Ziel einer Anpassung an die Verschärfung globaler Wettbewerbsbedingungen. Die Ähnlichkeiten überwogen bei weitem die nationalen Besonderheiten¹⁷. Überall ging es um Steigerung der Produktivität durch Kapitaleinsatz und Abbau der Lohnkosten, also um eine Entkopplung des fordistischen Dreiklangs von Wachstum, Produktivität und Reallohn. "*Befreiung der Marktkräfte*", also Kampf gegen die "*Rigiditäten*" des fordistisch-keynesianischen Modells sind wichtiger als soziale Integration. Worum es geht, ist eine, je nach Land mehr oder weniger radikale, Veränderung des Verhältnisses von Akkumulation (Markt) und Regulation (Staat) mit dem Ziel einer Vorherrschaft der ersteren über die zweite. Alle wollen "*Flexibilität*", nur die Formen unterscheiden sich.

Das aber bedeutet zwangsläufig eine Instrumentalisierung der Gesellschaft, des "*Humankapitals*" (Arbeitszeit, Qualifikationsniveau, Mobilität, "*Rationalisierung*" bestimmter Elemente des Systems sozialer Sicherung, Regression des Arbeitsrechts, Schwächung der Gewerkschaften usw.) für die Belange derjenigen Kapitalkräfte, die, aufgrund ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, den Kern eines neuen Wachstumsmodells bilden, das die nationalen Grenzen sprengt. Nicht die Ökonomie dient der Gesellschaft; umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nicht um die Reform gesellschaftlicher Verhältnisse geht es, sondern um den Primat der Umstrukturierung und Anpassung der Ökonomie im entsprechenden institutionellen Gewand. Daraus entsteht eine ungeheure, weil ungebremste Dynamik der Vereinheitlichung, die aber, wie zu zeigen ist, mit hohen sozialen Kosten bezahlt werden muß. Sie ist ja nicht automatisch, wie manche glauben, mit einem Minimum an makroökonomischer Stabilität und sozialer Solidarität zu vereinbaren. Vor allem aber führt sie zu einer gravierenden Einschränkung der Politikfähigkeit, wie Mitterrand am Ende seiner politischen Karriere (keineswegs allein) in-between offen, wenn auch frustriert, zugibt. Ausblendung der Gesellschaft bedeutet immer Politikverlust, Politik im luftleeren Raum.

16 *Le Figaro*, 8.9.1994; zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. September 1994.

17 Siehe die vergleichenden Studien (Frankreich, Großbritannien, Belgien, Irland, Spanien, Italien, Deutschland) in: Robert Boyer (Hrsg.), *La flexibilité du travail en Europe. Une étude comparative des transformations du rapport salarial dans sept pays de 1973 à 1985*, Paris 1986.

Im Sog der Globalisierung

Es verwundert nicht, wenn diese (nur kurz skizzierte) Entwicklung seit Mitte der 80er Jahre von der Europäischen Gemeinschaft massiv gefördert wurde. Sowohl die Vollen- dung des Binnenmarktes wie der Vertrag von Maastricht standen unter dem Primat der Ökonomie im neoliberalen Verständnis¹⁸. Die Transformation im nationalen Rahmen erhielt eine supranationale Dimension, die den wirtschaftspolitischen Gleichschritt ver- stärkte und praktisch alternativlos machte. Man erwartete zwar Wohlstandsgewinne; aber niemand wußte genau für wen, nimmt man die Multinationalen Konzerne aus. Der Opti- mismus des Cecchini-Berichts jedenfalls erwies sich schnell als unbegründet. Entschei- dend war die Stärkung des Wettbewerbs nach innen und außen, um den Anschluß in der Triade nicht zu verpassen. Nicht die sozialen und ökologischen Binnenwirkungen waren ausschlaggebend, sondern die Einbindung in den Triadisierungsprozeß im Zentrum der Weltwirtschaft. Voraussetzung war die Intensivierung der Austauschbeziehungen inner- halb der Gemeinschaft mit Hilfe einer Liberalisierung, die auf eine stärkere Mobilität der Produktionsfaktoren abzielte. Auf diese Weise glaubte man, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: den Fortgang der europäischen Einigung und die Eingliederung in den Regionalisierungstrend der Weltwirtschaft (neben der nordamerikanischen Freihand- elszone und dem südostasiatischen Wirtschaftsraum)¹⁹.

Diese Kombination von Binnen- und Weltmarktstrategie wirft freilich die Frage auf, was, zumindest langfristig, von dem vielbeschworenen spezifisch westeuropäischen "sozialen Modell" als Kern eines eigenständigen Entwicklungsweges übrig bleibt. Geht es im Sog der Globalisierung unter? Ist der europäische Einigungsprozeß nur noch Teil einer Verflechtung und damit Vereinheitlichung, die sich innerhalb der Triade abspielt und damit die Möglichkeit einer demokratisch fundierten Selbstbestimmung auf ein Mi- nimum reduziert? Hier liegt das grundsätzliche, existentielle Zukunftsproblem, nicht in institutionellen Reformen oder Reißbrettkonstruktionen à la Kerneuropa.

Zunächst darf man die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß die Dynamik der Transnationalisierung im Zentrum der Weltökonomie seit Anfang der 80er Jahre, nicht zuletzt als Antwort auf die zweite Welle der Weltwirtschaftskrise 1979/82 und die Innovationen im Bereich der Informationstechnologien, eine neue Qualität erhalten hat. Die Fakten sind zur Genüge bekannt, um sich ein Bild zu machen²⁰. Zahl und Anteil an

18 So z.B. Otto G. Mayer/Hans-Eckart Scharrer/Hans-Jürgen Schmahl (Hrsg.), Der Europäische Binnenmarkt. Perspektiven und Probleme, Hamburg 1989 (Veröffentlichung des HWWA).

19 Vgl. Charles Oman, Globalisation and Regionalisation: The Challenge for Developing Countries, OECD, 1994 Paris, bes. Kap. 3.

20 Neben den Arbeiten in Anm. 10 vgl. aus der Fülle der Untersuchungen die materialreichen, jährli- chen Veröffentlichungen des *United Nations Center on Transnational Corporations (UNCTC)*, v.a. *World Investment Report 1991: The Triad in Foreign Direct Investment*, New York 1991; die ebenfalls jährlichen Veröffentlichungen der *UNCTAD*, v.a. *World Investment Report 1993. Trans- national Corporations and Integrated International Production*, New York, Genf 1993; die Veröf- fentlichungen der *OECD*, v.a. *International Direct Investment Statistics Yearbook 1993*, Paris 1993 und *Internationale Direktinvestitionen. Politik und Trends der 80er Jahre*, Paris 1992; über die In- ternationalisierung der Finanzmärkte vgl. z.B. *Michael G. Papaioannou/Lawrence Duke*, *L'internationalisation des marchés boursiers émergents*, in: *Finances et développement*, September 1993; leicht zugängliches Material in: *Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.)*, *Globale Trends 93/94. Daten zur Weltentwicklung*, Frankfurt a.M. 1993.

der Weltproduktion wie am Welthandel der Hauptakteure dieses Prozesses, der Multinationalen Konzerne (MNK), nahmen in dieser Dekade sprunghaft zu, naturgemäß ebenso (bes. zwischen 1984/85 und 1990) die von ihnen getätigten Direktinvestitionen, die sich (zunächst) im wesentlichen in der Triade konzentrierten und eine weitere Etappe auf dem Weg zur weltweit integrierten, zugleich aber dezentralisierten Produktion ermöglichten. Strategische Allianzen, Aufkäufe usw. bewirkten einen regelrechten Trend zur Oligopolisierung und damit eine Vertiefung der Intra-Branchen-Spezialisierung. Die Verschärfung der weltweiten Konkurrenz, v.a. im Bereich der neuen Technologien, setzen die Unternehmen unter einen bislang nicht erlebten Anpassungsdruck. In allen Ländern der Triade stieg der Anteil des Exports an der Gesamtproduktion und führte zu einer wachsenden Penetration der Binnenmärkte (sogar, wenn auch vergleichsweise beschränkt, in Japan). In allen westeuropäischen Ökonomien nahm der Grad der Extroversion zu, was einen Gleichklang von Rezession und konjunkturellem Aufschwung, trotz leichter zeitlicher Phasenverschiebung, mit sich brachte. Alles das zeigt, in welchem Maße die gegenseitige Verflechtung im Zentrum der Weltökonomie zugenommen hat.

Natürlich muß ein solcher Vorgang die Tendenzen gesellschaftlicher Vereinheitlichung in der Triade verstärken, von der Transnationalisierung des Konzern-Managements bis hin zur Übertragung bestimmter Elemente aus einer Gesellschaft in die andere. Berühmtestes Beispiel in der Automobilindustrie ist die Strategie japanischer MNK's, auch in Tochterunternehmen in den USA oder in Westeuropa (besonders in Großbritannien), heimische Produktionsmethoden mitsamt der Organisation innerbetrieblicher Arbeitsbeziehungen ("*Toyotismus*", "*lean production*") zu praktizieren²¹. Clinton's Gesundheitsreform ist vom westeuropäischen Sozialstaat inspiriert. Das westdeutsche System der dualen Berufsausbildung findet in den USA, Frankreich und Großbritannien Nachahmung, obwohl es inzwischen daheim in einer Krise steckt. In Europa erscheint der Grad an Flexibilität und Mobilität, den die Arbeitskraft in den USA aufweist, manchem als vorbildlich. Die Amerikaner selber aber kritisieren, daß auf diese Weise die Zahl unsicherer und schlecht bezahlter Arbeitsplätze wächst und damit sogar die Wettbewerbsfähigkeit vermindert wird. Folglich sollten die Amerikaner bei den Europäern in die Schule gehen²². Ein optimales Modell für die Organisation des Arbeitsmarktes in der Triade scheint es nicht zu geben. Kulturelle Leitbilder und Konsummuster werden, meistens von den USA ausgehend, über ein globalisiertes Mediennetz (mit dem neuen Höhepunkt der "*Daten-Autobahn*") universalisiert. Diese Beispiele gesellschaftlicher Interpenetration, die freilich (noch) nicht den Kern des amerikanischen, europäischen oder japanischen Wachstumsmodells berühren, ließen sich beliebig verlängern.

Hier liegt ein Grund, warum die Gefahr wächst, daß das "*europäische Gesellschaftsmodell*" an spezifischer Substanz verliert. Er wird durch die allgemein vorherrschende Vorstellung untermauert, daß die Europäische Union die Modernisierungslogik innerhalb der

21 Allerdings scheint es dabei, besonders in Großbritannien, zunehmend Konflikte zu geben. Vgl. den Bericht über eine Studie der Universität Cambridge in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. August 1994.

22 So die Schlußfolgerung einer gründlichen vergleichenden Veröffentlichung aus berufener Feder: *Richard B. Freeman (Hrsg.), Working under Different Rules*, National Bureau of Economic Research, New York 1994; dazu *Eric Izraelewicz*, in: *Le Monde*, 13. September 1994.

Triade gerade im Bereich der Hochtechnologien voll übernehmen muß, wenn sie "mithalten" und nicht schwere Wohlstandsverluste hinnehmen will²³. Da sich die ökonomische Transnationalisierung mangels politischer Steuerung wildwüchsig vollzieht, produziert sie wachsende soziale und regionale Brüche, Polarisierungen, Disparitäten und damit Prozesse der Desintegration, die diese Erscheinungen in Europa als Folge neoliberaler Politik und mangelhafter Regulation zusätzlich verstärken. Das ist der zweite Grund für die Bedrohung eines originären europäischen Entwicklungspfades. Auch wenn es eine Konvergenz vergleichbarer Krisenphänomene in den Mitgliedsländern, von der oben die Rede war, gibt, spielt sie sich doch im Korsett nationaler Grenzen ab und offenbart damit, daß so etwas wie eine supranationale Vergesellschaftung kaum in Ansätzen existiert.

Tendenzen gesellschaftlicher Fraktionierung

Folgen der Globalisierung

Die Frage, wie sich die Globalisierung ökonomischer Prozesse auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Mitgliedsländern der EU auswirkt, läßt sich, mangels einschlägiger empirischer Untersuchungen, kaum beantworten. Dennoch kommt, etwa über die Entwicklung des Welthandelssystems, eine kritische Reflexion in Gang. In der Endphase der GATT-Verhandlungen ("*Uruguay-Runde*") wurden zwei Problemkomplexe z.T. heftig debattiert. Die von den USA geforderte Liberalisierung des Austausches kultureller Güter stieß auf den Widerstand Frankreichs, das eine Bedrohung seiner eigenen Kulturindustrie und kulturellen Werte befürchtete. Es ging also um die (nicht neue) Frage, wie die faktische Dominanz der USA in einer bestimmten Branche wenigstens etwas abgemildert werden könnte.

Dahinter steht das grundsätzliche Problem der durch die Hierarchisierung des Welthandelssystems verursachten außerordentlich ungleichen und damit ungerechten Verteilung des Austauschs und seiner Wohlfahrtseffekte, die durch Liberalisierung und Globalisierung noch verstärkt wird und entscheidend dazu beiträgt, die Kluft zwischen Reich und Arm in der Weltgesellschaft, zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb der (entwickelten wie unterentwickelten) Regionen und nationalen Gesellschaften zu vertiefen. Diese sich verfestigende Spaltung zwischen am Modernisierungsprozeß Beteiligten und Ausgeschlossenen kennzeichnet sowohl die globale wie die regionale und nationale Ebene des Weltsystems: Vereinheitlichung produziert Fraktionierung.

In den Worten des Bischofs *Franz Kamphaus*: "*Die strukturelle Arbeitslosigkeit hierzulande und die Ungerechtigkeiten auf dem Weltmarkt, die Verelendung einzelner Stadtteile bei uns und das Absinken ganzer Erdteile in wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit und Verarmung, nicht zuletzt die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts stellen Herausforderungen dar, die nur mit einem hohen Maß an belastbarer Solidarität zu bestehen sind.*" Das Drama aber bestehe darin, daß diese Solidarität von den tradierten sozialen Sicherungssystemen nicht mehr gewährleistet wird, weil sie als Folge "*des technischen*

²³ Vgl. z.B. besonders dezidiert *Konrad Seitz*, Die japanisch-amerikanische Herausforderung. Deutschlands Hochtechnologieindustrien kämpfen ums Überleben, München 1990.

und gesellschaftlichen Modernisierungsschubs der letzten Jahrzehnte" bereits überfordert worden sind²⁴.

Ist daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß, im Gegensatz zum neoliberalen Diskurs, ein unkontrollierter, von zügellosem transnationalen Wettbewerb beherrschter Welthandel die soziale Kohäsion und damit die Demokratie in der EU bedroht?²⁵ Zwar sind die Auswirkungen der "Delokalisierungen", die dieser Wettbewerb verlangt, auf die Arbeitslosigkeit umstritten²⁶. Dennoch ist die Frage legitim: "Welchen Sinn hat der endlose Effizienz-Wettlauf zwischen den konkurrierenden Firmen, wenn die damit verbundenen flexiblen Formen der Produktion mehr Arbeit überflüssig machen, als durch neue Märkte und Produkte geschaffen werden kann?" Was bedeutet die Errichtung des EU-Binnenmarktes, wenn er die Arbeitslosigkeit nicht verringert und den beteiligten Nationalstaaten die Kontrolle über die Wirtschaft entzieht? "Wieviel freien Weltmarkt halten Demokratie und Frieden in Europa aus?" Sollte man nicht über einen "'Mittelweg zwischen ängstlicher Abschottung und blindem Marktvertrauen" nachdenken, wozu auch gehört, wie man "'im weltweiten Wettbewerb Umwelt- und Sozialstandards durchsetzt?²⁷" Und das, ohne die armen Länder zu strangulieren: ein Teufelskreis! Stoßen wir hier nicht auf eine Grundfrage der Osterweiterung, die gern unter den Teppich gekehrt wird? Stattdessen zielt die Industriepolitik der Kommission darauf ab, die europäischen MNK's in ihrem Bemühen um Strategische Allianzen in der Triade zu unterstützen²⁸. Entwickelt sie sich zu einer Scharnier-Instanz zwischen Binnen- und Weltmarkt? Muß eine solche Politik nicht zu einer zwangsläufigen Abkopplung Osteuropas führen?

Zerfall der sozialen Kohäsion

Alles das führt auf einen entscheidenden Zusammenhang zurück: Die Dominanz des Kapitals über die Arbeit, die schon die neoliberale Politik verstärkt hat, erhält nun eine neue transnationale Dimension und kann sich damit weiter verfestigen. Auf diese Weise haben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse einschneidend verändert. In den Kernländern der Europäischen Union (mit Deutschland an der Spitze) war es eine neoliberale Modernisierungscoalition aus Industrie- und Geldkapital, Staat, Wissenschaft, gewerkschaftlicher Vertretung der Kernbelegschaften in MNK's (IG-Chemie z.B.) sowie den Spitzenbranchen im Dienstleistungssektor, die die Doppelstrategie eines neuen Inte-

24 Franz Kamphaus, Lebt sich der Mensch am Ende selber aus? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Juni 1994.

25 Vgl. besonders zugespitzt Hans-Peter Martin/Harald Schumann, "Alle Hemmungen beseitigt", in: *Der Spiegel*, 20. Dezember 1993. Auch in den USA gibt es eine kritische Debatte, vgl. Paul Krugman, *Competitiveness: A Dangerous Obsession*, in: *Foreign Affairs*, März/April 1994 und die Antwort von Jon Schaffer, *Competitiveness policy: the emperor's new clothes*, in: *Washington Economic Reports*, Nr. 77, 23. März 1994.

26 Eher positive Einschätzungen z.B. M. Lauré, *Les délocalisations: enjeux et stratégies des pays développés*, in: *Futuribles*, Mai 1993; Dominique de Laubier, *Une décennie d'expansion des investissements*, in: *Economie internationale (CEPII)*, 4. Trimester 1993. Eher kritisch: der Ribicoff-Bericht des US-Senats; J. Arthuis, *Les délocalisations contre l'emploi*, in: *Futuribles*, November 1993; Arthuis ist auch Verfasser eines Berichts des französischen Senats. In der einschlägigen deutschen Literatur überwiegen die positiven Einschätzungen.

27 Zitate aus: Hans-Peter Martin/Harald Schumann (Anm. 25).

28 Vgl. den Bericht in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. September 1994.

grationsschubes und einer Öffnung zum Weltmarkt vorangetrieben hat²⁹. Damit verschärfte sich in allen westeuropäischen Ländern die Spaltung der Gesellschaft in Modernisierungsgewinner und -verlierer.

Das Ergebnis ist bekannt³⁰. Die Zahl derer, die in der EU als arm gelten, nimmt kontinuierlich zu: 1975= 35 Mill., 1985 = 44 Mill., 1992= 53 Mill., damit auch die ökonomische und soziale Marginalisierung, obwohl die Mitgliedsländer zwischen 22 und 30% ihres Nationaleinkommens für den Sozialhaushalt verwenden. 1994 gibt es 17,7 Mill. Arbeitslose, wobei sich der Anteil der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit ständig erhöht. Auch die regionalen Disparitäten verringern sich trotz mancher Anstrengungen über die Strukturfonds nicht, im Gegenteil. Bei einem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 100 1990 lagen bereits damals die extremen Werte bei 40 für die Region Vorelo-Algalo (Griechenland) und 183 für Groningen (Niederlande).

Diese in allen westeuropäischen Ländern feststellbare Gesellschaftsspaltung ist ein paradoxes Phänomen. Auf der einen Seite schneidet sie tiefer ein, als es die Klassengegensätze aus der vorfordistischen Zeit vermocht hatten³¹. Der Klassenkampf stellte immer eine Form der Sozialisierung zwischen Protest und Integration dar. Heute haben wir es dagegen mit einer veritablen sozialen Exklusion zu tun, einer Ausgrenzung, die keineswegs nur die Unterschichten betrifft: ein Zeichen dafür, daß die Dynamik des sozialen Fortschritts gebrochen ist. Trotz aller (national unterschiedlichen) Maßnahmen zur Wiedereingliederung ins Berufsleben scheint diese Art der Exklusion von Dauer zu sein z.B. in Gestalt der sog. "Sockelarbeitslosigkeit"). Damit ist die Behauptung alles andere als abwegig, daß sie für die soziale Kohäsion eine größere Bedrohung darstellt als der Klassenkampf seligen Angedenkens.

Auf der anderen Seite verschärft sie nicht die Austragung gegenwärtiger sozialer Konflikte. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß sie ohne ideologischen Gehalt und oft (weniger in Deutschland, aber in vielen anderen Mitgliedsländern der EU) außerhalb tradierter Institutionen stattfinden und damit die Möglichkeit einer politischen Umsetzung beschränkt ist. Fast immer handelt es sich um die Verteidigung spezieller Gruppeninteressen, also eben nicht um einen Mechanismus der Massenintegration. Aber Ausgrenzung wie neue soziale Konflikte sind, nicht zuletzt, das Ergebnis der Tatsache, daß die alte Arbeiterklasse nicht mehr existiert. Kein Wunder, wenn die traditionelle Gewerkschaftsbewegung dieser Entwicklung rat- und machtlos gegenübersteht, während das Kapital ungestört weltweit agieren kann.

Aber *Perret/Roustang* argumentieren viel grundsätzlicher. Für sie ist es der "*Primat des Ökonomischen*", der die sozialen Beziehungen radikal verändert. Soziale Integration be-

29 Vgl. im einzelnen *Otto Holman*, Transnational Class Strategy and the New Europe, in: *International Journal of Political Economy*, Frühjahr 1992; *Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe*, Der Beitrag der "Regulationstheorie" zur Integrationsforschung, DVPW-Kongreß, Potsdam 1994.

30 Vgl. zum folgenden *Anne-Marie Michel*, Opulente Europe aux 53 millions de pauvres..., in: *Le Monde diplomatique*, Juli 1992.

31 Vgl., auch zum folgenden, die grundlegende Arbeit von *Bernard Perret* und *Guy Roustang* (Anm. 9).

ruhte traditionell auf der Vorstellung, daß die Gesellschaft letztlich aus der produktiven Arbeit der Individuen hervorgeht. Die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft ("*postindustrielle Gesellschaft*") reduziert aber die Symbiose aus Individualismus und Produktivismus, was schließlich nichts anderes bedeutet als eine Abschwächung der "*sozialisierenden Kapazitäten der Arbeit.*"

Ihrer Meinung nach liegt hier das Hauptproblem aller Industrieländer. Sie verlangen folgerichtig eine Kritik der "*ökonomischen Ideologie*" und eine neue Artikulation des Verhältnisses von Ökonomie, Politik und Kultur als Voraussetzung für die Entstehung und Durchsetzung alternativer Formen der Sozialisierung, damit, unter dem Stichwort "*soziale Modernisierung*", das Soziale nicht immer wieder für die ökonomischen Zwänge, oder was man dafür hält, instrumentalisiert wird.

Europäisierung der Sozialbeziehungen?

Zwischen der "*Ambition eines großen sozialen Projektes*", wie sie Jacques Delors 1988 in der Euphorie der Binnenmarktperspektive formuliert hat³², und der Gegenwart klafft eine unübersehbare, ständig (nicht selten ziemlich scheinheilig) beklagte Lücke. Delors glaubte noch, daß eine soziale Harmonisierung in der Gemeinschaft als Folge der Liberalisierung des Austausches eintreten werde. Aber er vergaß, daß eine solche Harmonisierung des Sozialrechts Kräfteverhältnisse widerspiegelte, die in der Realität nach der Durchsetzung der neoliberalen Modernisierungscoalition, die die Dynamik des vorherigen europäischen sozialen Kompromisses durchbrochen hatte, nicht mehr bestanden³³. Daraus erklärt sich, daß sowohl die Kommission wie die europäischen Gewerkschaften wie paralysiert erschienen.

Die Einheitliche Europäische Akte (Art. 118 B) strebte einen "*sozialen europäischen Dialog*" an, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Sozialpartner zu einer Übereinkunft gelangen würden. Aber der europäische Unternehmerverband wollte Verhandlungen nicht, weil sie unvereinbar waren mit den Zwängen der Globalisierung. So geschah in der Praxis nichts. Erst in jüngster Zeit wurden Euro-Betriebsräte ins Leben gerufen. Hier erhalten die Arbeitnehmer das Recht, vor grenzüberschreitenden Entscheidungen der Unternehmensleitung informiert zu werden. Aber einmal geht es um Information, nicht Mitbestimmung. Zum anderen setzen die Herrschenden darauf, daß sich doch der 'natürliche' Standort-Egoismus der Belegschaften durchsetzen wird³⁴. Also viel Lärm um nichts. Ans Eingemachte ginge es erst, wenn man mit dem Uraltprojekt der "*Europäischen AG*" Ernst machen würde³⁵. Genau deshalb bleibt es weiter in der Versenkung verschwunden. Niemand will schlafende Hunde wecken.

32 In: *L'évènement européen* (Paris), 1992 ... et après, Nr. 3-4, 1988, S. 11-23.

33 Vgl. Udo Rehfeldt, Effritement du modèle social européen, in: *Le Monde diplomatique*, Juli 1994.

34 So *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Juni 1994.

35 Vgl. Hans von der Groeben/Heinz Oskar Vetter/Otto A. Friedrich, Europäische Aktiengesellschaft. Beitrag zur sozialen Integration? Bonn 1972(!). Die hier geführte Diskussion ist heute so aktuell wie damals.

So versteht sich, warum der europäischen Einigung die gesellschaftliche Dimension fehlt und sich damit unweigerlich, trotz Parlament, der Eindruck einer bürokratisch-technokratischen Veranstaltung aufdrängt. Das hegemoniale Modernisierungsbündnis ist weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene bereit und fähig, den alten, fordistisch-keynesianischen sozialen Kompromiß (sozioökonomische Regulation durch den Staat; institutionalisierte Vertretung der Arbeitnehmer im Betrieb; System kollektiver Verhandlungen) durch einen neuen zu ersetzen. Die Gewerkschaften verfolgen defensiv-reaktive Strategien aus Angst, den nationalen "Standort" zu gefährden. Diese Form des "sozialen Dialogs" (oder was davon übriggeblieben ist) ist nicht europäisierbar; er muß im nationalen Rahmen geführt werden. Mehr noch: dem Nationalstaat fällt die zentrale Rolle zu, das (europäisch-globale) transnationale Herrschaftsprojekt zu stabilisieren, indem er für die soziale Akzeptanz sorgt. Einerseits muß er die eigene Gesellschaft vor den erheblichen negativen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses schützen, zugleich aber alles tun, sie für diesen Prozeß zu öffnen, sie 'fit' zu machen und damit ihr Überleben in einem sich ständig verschärfenden Wettbewerbskampf garantieren, da Rückzug, Abschließung gleichbedeutend mit Niedergang sind. Mit dieser 'Spagatposition' ist er sichtlich überfordert³⁶. Das trifft insbesondere für die Aufgabe zu, die soziale Kohäsion, die die Voraussetzung für Akzeptanz ist, wenigstens einigermaßen aufrecht zu erhalten.

Damit wird deutlich, daß beide Pole, die europäische Integration wie der sie tragende Nationalstaat, sich in einer schwachen Verfassung befinden. Abgesehen von den MNK's gibt es keine (horizontale) Verflechtung gesellschaftlicher oder politischer Gruppierungen, nicht einmal im kulturellen Bereich³⁷. Das Wichtigste, das der Prozeß der Integration hätte zustande bringen müssen, existiert nicht: eine europäische Zivilgesellschaft als Grundlage einer europäischen Öffentlichkeit und damit einer europäischen Demokratie³⁸. Der Fortgang der europäischen Einigung hängt mehr davon ab, ob es gelingt, so etwas wie eine kollektive Identität zu finden, als davon, ob es sich in zwei oder mehreren unterschiedlichen Geschwindigkeiten organisiert.

36 Vgl. Bernd Röttger (Anm. 7); Gilbert Ziebur, Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: der Fall Frankreich, in: *Leviathan*, Dezember 1992, hier Zitat S. 474.

37 Vgl. Richard Münch, *Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft*, Frankfurt a.M. 1993, S. 98. Der Verfasser konstatiert z.B. das Fehlen einer europäischen Intellektuellenbewegung.

38 So Christian Meier, *Die Republik denken*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. April 1994; vgl. auch Jürgen Habermas, *Citoyenneté et identité nationale*, in: Jacques Lenoble/Nicole Dewandre, *L'Europe au soir du siècle*, Paris 1992, S. 32.

Lutz Hoffmann

Europäische Union und Wirtschaft

Die nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) wird jenseits des Atlantiks häufig als der größte Wirtschaftsraum der Welt bezeichnet. Es ist richtig, daß NAFTA bevölkerungsmäßig etwas größer ist als das Europa der Zwölf. Das ändert sich aber mit dem Beitritt von vier EFTA-Staaten. Im Vergleich zur Europäischen Union ist NAFTA weit entfernt von einem zusammenhängenden Wirtschaftsraum. Die Handelsschranken werden erst Zug um Zug abgebaut, was in Europa schon weitgehend erreicht ist, und die Mobilität der Produktionsfaktoren über die Grenzen hinweg, vor allem die Freizügigkeitsgarantie für Arbeit, ist nicht vergleichbar mit der in Europa. Die europäische Entwicklung, die mit den Verträgen von Paris und Rom begonnen hat, ist in der Welt einzigartig. Sie hat zu einem zusammenhängenden Wirtschaftsraum geführt, in dem nicht nur der Austausch von Gütern und Dienstleistungen sowie die Wanderung von Produktionsfaktoren weitestgehend liberalisiert sind, sondern der auch in vielen Bereichen über einen zentralisierten wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß, der sich ständig erweitert, verfügt.

Das ökonomische Grundproblem: Allokative Effizienz versus regionale Verteilung

Die zahlreichen ökonomischen Vorteile eines großen Wirtschaftsraums sind inzwischen hinreichend bekannt. Wo keine Wirtschaftsgrenzen bestehen, kann sich ein intensiver Wettbewerb entfalten, der dafür sorgt, daß Güter und Dienstleistungen mit den niedrigst möglichen Kosten hergestellt werden. Dadurch kann insgesamt mehr produziert werden als bei Segmentierung der Märkte, und die Firmen können durch große Absatzmengen Kosteneinsparungen in der Produktion erzielen. Auch sind die Absatzkosten als solche geringer, wenn keine oder nur sehr geringe administrative und finanzielle Barrieren zwischen Regionen bestehen. Dem europäischen Wirtschaftsraum wird daher zu Recht nicht nur eine einmalige Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Ertrags nachgesagt, sondern auch eine längerfristig positive Wirkung auf das Wachstum aller beteiligter Länder.

Diese wirtschaftlichen Vorteile eines einheitlichen Binnenmarktes für Güter und Produktionsfaktoren sind unbestritten und waren bisher die politische Triebkraft des Vereinigungsprozesses. Im Vertrag von Maastricht wurde mit der Festlegung auf einen Weg zur Europäischen Währungsunion die Ausräumung des letzten wichtigen Unterschiedes zwischen innereuropäischem Handel und dem Handel innerhalb eines Landes angestrebt. Gleichzeitig wird von politischer Seite immer wieder gefordert, die mitteleuropäischen Länder möglichst rasch in die Europäische Union einzubeziehen, wofür mit der bereits erfolgten Assoziierung einer Reihe von Ländern und laufenden Verhandlungen mit weiteren der erste Schritt getan wurde. Beides ist im Grunde nichts anderes als die konsequente Weiterentwicklung des Binnenmarktkonzeptes. Dennoch stößt es auf zum Teil vehementen Widerstand. Die Gründe liegen in regionalen Verteilungsproblemen im weitesten Sinne, die immer in der einen oder anderen Weise in größeren Wirt-

schaftsräumen auftreten und daher auch im europäischen Integrationsprozeß von vornherein angelegt waren.

Verteilungsprobleme entstehen dadurch, daß einige Regionen Wettbewerbsvorsprünge gegenüber anderen haben, dadurch positive Handelsüberschüsse im interregionalen Güteraustausch erzielen, rascher wachsen und infolgedessen ihren Wohlstand stärker und schneller mehren als andere. Es ist die Integration selbst, die diesen Prozeß befördert, weil sich in einem einheitlichen Binnenmarkt Wettbewerbsvorteile besser durchsetzen können, als wenn Handelsschranken bestehen. Die klassische Ökonomie lehrt zwar, daß durch regen Güteraustausch und Wanderung der Produktionsfaktoren Vor- und Nachteile einzelner Regionen sich ausgleichen und es daher keiner wirtschaftspolitischen Einflußnahme bedarf, aber übersieht dabei notorisch, daß es sich selbst verstärkende regionale Polarisierungstendenzen gibt und die Wanderungsbereitschaft der Menschen begrenzt ist, insbesondere innerhalb eines Marktes, der anders als etwa in den Vereinigten Staaten von Nordamerika durch viele unterschiedliche Sprach- und Kulturräume gekennzeichnet ist.

Die Europäische Union hat dieser Tatsache in zweierlei Weise Rechnung getragen. Erstens hat sie das Subsidiaritätsprinzip etabliert, nach dem Wirtschaftspolitik nach wie vor auf nationaler Ebene betrieben werden kann und nur dort auf der zentralen Ebene stattfinden soll, wo die jeweilige Aufgabe auf nationaler Ebene nicht befriedigend gelöst werden kann. Allerdings sind der nationalen Politik durch den Binnenmarkt selbst – zum Beispiel Wegfall handelspolitischer Instrumente – Grenzen gesetzt. Das zweite Prinzip sind finanzielle Ausgleichsmechanismen in der Gestalt der "Strukturfonds", durch die wirtschaftlich weniger starke Regionen Leistungen der wohlhabenderen Regionen erhalten.

Über die ökonomischen Konsequenzen der mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes zwangsläufig einhergehenden Verschiebung der wirtschaftspolitischen Einflußnahme von der dezentralen auf die zentrale Ebene ist wenig Verlässliches bekannt. Ihr politisches Gewicht erhält sie auch eher durch die Angst vor einer fernen zentralen Bürokratie, die nationale und regionale Interessen ignoriert, und dem daraus abgeleiteten Wunsch nach größtmöglicher Selbstbestimmung. Für die Verteilungsmechanismen besteht hingegen der begründete Verdacht, daß sie der ökonomischen Effizienz zuwiderlaufen. Nicht nur private Investitionen, sondern auch staatliche Mittel sollten prinzipiell dort eingesetzt werden, wo sie für die Gesellschaft insgesamt den größten Ertrag erwirtschaften. Das können, aber müssen nicht strukturschwache Regionen sein. Für viele Randlagen ist eher plausibel, daß sie einen geringeren Ertrag staatlicher Mittel erbringen. Solche Effizienzverluste müssen den Effizienzgewinnen des Binnenmarktes gegengerechnet werden. Sie dürften um so größer sein, je zahlreicher die strukturschwachen Regionen mit geringem Entwicklungspotential sind und je mehr staatliche Mittel für regionale Verteilungszwecke aufgewandt werden.

Diese in der Europäischen Union angelegte Grundproblematik tritt sowohl in der Diskussion um die Währungsunion wie in der Frage der Erweiterung der Mitgliedschaft nach Osten auf. Sie hat auch in der gerade beschlossenen Norderweiterung der Europäischen

Union eine wichtige Rolle gespielt. Ich werde im folgenden zunächst auf die Währungsunion und anschließend auf die Frage der Erweiterung eingehen.

Die Europäische Währungsunion

Die Europäische Währungsunion ist deswegen im Spannungsfeld der regionalen Interessen ein sensibles Problem, weil sie die nationale wirtschaftspolitische Einflußmöglichkeit nachhaltig reduziert. Man kann daher durchaus zu Recht die Frage stellen, ob sie mit dem Subsidiaritätsprinzip überhaupt vereinbar ist. Durch Verlagerung der Geldpolitik auf eine zentrale Notenbank wird den Mitgliedstaaten das bei weitem wichtigste Instrument makroökonomischer Steuerungspolitik genommen. Das läßt sich wie folgt illustrieren.

Wenn Lohn- und Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten deutlich voneinander abweichen, kommt es zu unterschiedlichen Inflationsraten. Eine zentrale Geldpolitik kann nur die gesamte Inflation durch Geldmengen- oder Zinssteuerung beeinflussen, aber nicht die Inflationsunterschiede. Wenn einige Mitgliedstaaten sehr stark inflationieren, wird die zentrale Notenbank eine restriktive Geldpolitik betreiben müssen. In den inflationierenden Mitgliedstaaten reicht das vielleicht aus, um den Preisauftrieb in Grenzen zu halten. Mitgliedstaaten, die sich von vornherein stabiler verhalten haben, werden aber von der restriktiven Geldpolitik gleichermaßen betroffen. In ihnen besteht die Gefahr, daß deflationäre Tendenzen auftreten, die zu Firmenzusammenbrüchen und Arbeitslosigkeit führen. Gibt es umgekehrt nationale Verantwortlichkeiten der Geldpolitik, dann können die einzelnen Mitgliedstaaten den geldpolitischen Kurs entsprechend ihrer monetären Instabilität adjustieren. Schaffen sie das nicht, so daß nach wie vor die Inflationsraten auseinanderdriften und damit Ungleichgewichte im interregionalen Güteraustausch auftreten, dann können sie immer noch durch die Adjustierung des Wechselkurses dem entgegenwirken.

Bei alledem spielt auch eine wichtige Rolle, daß nationale Sensitivitäten gegenüber inflationären Entwicklungen sehr unterschiedlich sind und es keine goldene Regel dafür gibt, welche Inflationsrate für hohes und stabiles Wachstum die richtige ist. Das bundesdeutsche Glaubensbekenntnis, daß maximale Stabilität die beste aller Welten sei, widerspricht eindeutig der empirischen Erfahrung rasch wachsender Länder, insbesondere in Ost- und Südostasien, die für alle anderen Zwecke gern als wirtschaftspolitisches Vorbild hingestellt werden.

Derartigen regionalen Differenzierungen kann in einer Währungsunion nicht mehr Rechnung getragen werden. Die geldpolitischen Regeln werden einheitlich bestimmt und gelten für alle gleichermaßen. Die Einwirkung geht aber weit über den geldpolitischen Bereich hinaus. Alle preisbeeinflussenden staatlichen und außerstaatlichen Maßnahmen müssen sich an der zentral festgelegten Geldpolitik orientieren, wenn nicht Verlust an regionaler Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung riskiert werden soll. Konkret bedeutet das, daß in ohnehin strukturschwachen Regionen mit unterdurchschnittlicher Produktivitätsentwicklung auch die Löhne und andere Lohnkostenelemente nur unter-

durchschnittlich zunehmen dürfen. Diese Regionen können auch nicht mehr durch niedrige Zinsen ihre Entwicklung stimulieren. Auch in der Gestaltung preistreibender staatlicher Abgaben, seien sie nun auf kommunaler, regionaler oder staatlicher Ebene, muß man sich an der Entwicklung in der Gemeinschaft insgesamt orientieren. Das heißt, daß nur über öffentliche Defizite größeren Ausmaßes umfangreiche Investitionen zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur und zur allgemeinen Förderung des regionalen Wachstums finanziert werden könnten. Aber gerade das wiederum würde dem geldpolitisch angestrebten Stabilisierungsziel zuwiderlaufen, wenn von Haushaltsdefiziten inflationäre Risiken ausgehen.

Es sind diese Mechanismen, die zur Formulierung der Konvergenzkriterien für den Eintritt in die Europäische Währungsunion im Vertrag von Maastricht geführt haben. Mit der Einhaltung der Konvergenzkriterien in der – gegenwärtig erreichten – zweiten Stufe auf dem Weg zur Währungsunion soll ein wirtschaftspolitischer Gewöhnungsprozeß eingeleitet werden, der deutlich abweichendes Verhalten in der Währungsunion weniger wahrscheinlich macht. Gelingt die Konvergenz nicht, dann ist damit zu rechnen, daß eine einmal gegründete Währungsunion bald wieder zerfällt. Die nationalen und regionalen Spannungen, die zwangsläufig auftreten, sind in einem demokratischen System nicht überwindbar. Sie können nur abgebaut werden, wenn Ausgleichsmechanismen auf nationaler Ebene (wieder) zugelassen werden.

Manche sehen in dem Auftreten oder der bloßen Gefahr größerer Spannungen auch eine Chance zur Disziplinierung "unvernünftigen" wirtschaftspolitischen Verhaltens. Als Beispiel wird häufig das Frankreich der achtziger Jahre aufgeführt, das unter dem Regime des Europäischen Währungssystems zu einer Politik größerer makroökonomischer Stabilität gezwungen wurde, weil es aus übergeordneten Gründen eine Abwertung des Franc vermeiden wollte. Der Disziplinierungszwang ist sicher noch erheblich größer, wenn Wechselkursänderungen überhaupt nicht mehr möglich sind, weil es keine unterschiedlichen Währungen mehr gibt. In dieser Disziplinierung wird der große Vorzug einer Währungsunion gesehen. Allerdings muß man wohl fragen, wer hier eigentlich wen nach welchen Kriterien diszipliniert. Das hängt entscheidend davon ab, welche Stimmenverteilung in den geldpolitischen Entscheidungsgremien der Europäischen Zentralbank vorläge und welche Stabilisierungsphilosophie sich durchsetzte. Europa kritisiert nicht zu Unrecht, daß die sehr rigide deutsche Stabilisierungspolitik allein schon aufgrund des Gewichts Deutschlands in der Europäischen Union alle anderen dominiert. Was für Deutschland gut sein mag, muß aber nicht gut für alle anderen sein. Um es noch einmal zu betonen, es gibt keine wirtschaftswissenschaftlich vertretbare Meßlatte für den wachstums- und beschäftigungspolitisch optimalen Stabilitätsgrad.

Der Disziplinierungszwang wird häufig auch dahingehend positiv interpretiert, daß er den Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten bzw. den Regionen stimuliert. Um den negativen Folgen eines überproportionalen Inflationsrisikos zu entgehen, könnten Mitgliedstaaten deutlich unterdurchschnittliche Lohnentwicklungen im Vergleich zum Produktivitätsanstieg anstreben und versuchen, sich auf diese Weise Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen zu verschaffen. Sie könnten auch, wenn ihnen der gesetzgeberische und administrative Spielraum dazu belassen bleibt, mit niedrigen Gebühren und Steuern In-

vestoren anzulocken versuchen. Allerdings bedeutet das bei Einhaltung der Konvergenzkriterien für das Staatsdefizit, daß gleichzeitig geringere öffentliche Leistungen in der Gestalt von Infrastruktur, Ausbildung, Gesundheitswesen oder sozialer Sicherung bereitgestellt werden.

Innereuropäischer Finanzausgleich

Diesem Problem versucht man durch Verstärkung der innereuropäischen Finanztransfers zu begegnen. Bereits 1975 wurde der Europäische Regionalfonds (EFRE) errichtet. 1987 wurde die EG-Kommission beauftragt, ein umfassendes Konzept für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, für das sich bald der Ausdruck "Kohäsionspolitik" einbürgerte, zu entwerfen. Das Ergebnis war das sogenannte Delors-Paket. Hierbei ging es im wesentlichen um die weitere Ausgestaltung und wechselseitige Abstimmung der drei sogenannten Strukturfonds, das heißt neben dem Europäischen Regionalfonds um den Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL). Auch die Aufgabenstellung für die Europäische Investitionsbank wurde vermehrt in den Dienst des Regionalausgleichs gestellt. Verstärkt wurde die regionale Komponente der Europäischen Förderungspolitik im Vertrag von Maastricht durch den Kohäsionsfonds. Ähnlich wie bei den anderen Fonds gelten für seine Mittelverwendung sozio-ökonomische Kriterien, insbesondere der Lebensstandard gemessen am Pro-Kopf-Einkommen. Durch ihn werden unter anderem Infrastrukturvorhaben für transeuropäische Netze im Bereich Verkehr in den Ländern Irland, Griechenland, Portugal und Spanien durch nicht rückzahlbare Zuschüsse (bis zu 85 %) gefördert. Aber auch Umweltschutzvorhaben können Unterstützung erhalten.

Im sogenannten Delors-II-Paket, vorgelegt im Januar 1993, wurden nach kontroversen Verhandlungen die Mittel des Kohäsionsfonds festgelegt und auch die Mittel der übrigen Strukturfonds nach oben revidiert. Danach kommt es bis 1999 etwa zu einer Verdoppelung des Mittelzuflusses in die vier Kohäsionsländer, was einen Betrag von knapp 60 Mrd. DM (zu Preisen von 1992) bis zum Jahre 1999 bedeutet. Der neue Kohäsionsfonds wurde mit einem Anfangsbetrag von etwa 3 Mrd. DM für 1993 angesetzt, wobei eine Erhöhung auf 5 Mrd. DM bis 1999, ebenfalls zu Preisen von 1992 gerechnet, vorgesehen ist. Ergänzend hierzu wurde 1993 ein neues Finanzinstrument für die Ausrichtung des Fischereisektors (FLAF) eingerichtet und ein neuer europäischer Investitionsfonds mit einer Ausstattung von 4 Mrd. DM sowie eine neue Darlehensfazilität der Europäischen Investitionsbank über 10 Mrd. DM geschaffen. Im Ende letzten Jahres vorgelegten "Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" wird ein weiteres Finanzinstrument angesprochen. So ist daran gedacht, zur Finanzierung der transeuropäischen Netze Unionsschuldverschreibungen über insgesamt 80 Mrd. DM aufzulegen, die zudem durch ein Darlehensvolumen der Europäischen Investitionsbank über 77 Mrd. DM, Bürgschaften des Investitionsfonds für Wandelschuldverschreibungen über 11 Mrd. DM sowie Ausgaben aus dem Gemeinschaftshaushalt von 60 Mrd. DM (vor allem aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds) ergänzt werden sollen, was sich insgesamt zu 230 Mrd. DM summiert. Auf Jahresbasis gerechnet sind das immerhin 0,36 % des Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft. Diese Initiativen sind allerdings im

Europäischen Rat am Veto Deutschlands und einiger anderer Mitgliedstaaten gescheitert. Die Diskussion hat aber sehr deutlich gemacht, wie groß das regionale Spannungspotential im europäischen Binnenmarkt schon jetzt ist und was man in einer Währungsunion darüber hinaus erwarten kann. In anderer Form handelt es sich hier auf europäischer Ebene um die konsequente Anwendung von Maßnahmen, wie sie schon lange auf nationaler Ebene eingesetzt werden. In Deutschland sind das die "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sowie die Zuweisungen nach Artikel 104a (4) des Grundgesetzes.

Der in der öffentlichen Diskussion und im Europäischen Rat sichtbar gewordene Widerstand gegen die Kommissionsvorschläge wäre sicher nicht so stark ausgefallen, wenn nicht eine Reihe von Ländern, die Nettozahler in der Union sind, allen voran Deutschland, aus unterschiedlichen Gründen hohe öffentliche Defizite in ihren nationalen Haushalten gehabt hätten. Dieser Widerstand könnte nur dann ausgehebelt werden, wenn die Union eigene Steuerhoheit hätte, wie sie beispielsweise für eine CO₂-Steuer angestrebt wird. Bisher ist dies an dem Einstimmigkeitspostulat gescheitert. In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht hier gleichfalls schwer überwindbare Hürden aufgebaut, indem es die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat verlangte. Dies ist der politische Hintergrund, weshalb die Kommission Finanzierungsmöglichkeiten über Anleihen und die Europäische Investitionsbank ins Spiel gebracht hat.

Gegen die Ausweitung der Finanzmittel für den Regionalausgleich wurden aber nicht nur die leeren öffentlichen Kassen, sondern auch ordnungspolitische Bedenken ins Feld geführt. Es ist nicht garantiert, daß Zuweisungen von Brüssel an die Kohäsionsländer nicht Mitnahmeeffekte mit sich bringen und damit das Prinzip der Additionalität verletzen. Auch ist keineswegs sichergestellt, daß Projekte finanziert werden, die im nationalen und europäischen Rahmen eine hohe Priorität verdienen. Als Negativbeispiel hierfür mag man den unlängst eingeweihten Kanal in Irland anführen, der schon im vorigen Jahrhundert wegen Unwirtschaftlichkeit nach kurzer Zeit wieder außer Betrieb genommen wurde. Besonders groß ist das Risiko von Mitnahmeeffekten, wenn der Fördersatz sehr hoch ist, nämlich 85 %, wie jetzt im Kohäsionsfonds geplant. Auch hier gilt, was nichts kostet, ist weniger wert und verdient daher geringere Sorgfalt. Eine hohe Eigenbeteiligung gewährleistet eher, daß ein effizienter Mitteleinsatz zumindest angestrebt wird.

Das führt zu der Forderung, daß eine Verstärkung der regionalen Förderung unbedingt mit einer besseren Kontrolle und Planung ihres Einsatzes einhergehen müßte. Manches deutet darauf hin, daß dies gegenwärtig nicht geschieht. Der Europäische Rechnungshof hat sich hierzu bereits geäußert. Im Grunde geht es hier um die Anwendung von Prinzipien, wie sie im Geschäft internationaler Finanzinstitutionen bereits gang und gäbe sind, nämlich die Konditionalität, durch die die Mittelvergabe an bestimmte wirtschaftspolitische und projektspezifische Bedingungen geknüpft ist.

Die Osterweiterung

Die hier dargelegten Probleme sind wesentlich mitverantwortlich dafür, weshalb gegenüber dem Beitritt mitteleuropäischer Staaten erhebliche Bedenken bestehen, während der Beitritt der Nordstaaten und Österreichs vergleichsweise geringe Schwierigkeiten bereitet. Im Gegenteil, vom Beitritt dieser Staaten kann sogar eine Entlastung von Problemen der Union erwartet werden, da sie alle als Nettozahler einzustufen sind und daher das Finanzierungsproblem der europäischen Regionalpolitik eher erleichtern als erschweren. Ganz anders sieht es für die mitteleuropäischen Länder aus. Sie alle wären Nettoempfänger regionaler Ausgleichszahlungen, und zwar auf lange Zeit und in großer Höhe. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen liegt ihr Entwicklungsniveau im Vergleich zum ärmsten Land der Europäischen Union, Portugal, bei weniger als der Hälfte. Eine Beibehaltung der bisherigen finanziellen regionalen Ausgleichsmodalitäten würde also nicht nur das Budget der Gemeinschaft für diese Zwecke gewaltig aufblähen, sondern diese Länder auch in Konkurrenz zu den bisherigen Förderländern bringen. Das würde zusätzlich zu den befürchteten ökonomischen Schwierigkeiten große politische Probleme für die Beitrittsverhandlungen mit sich bringen.

Die Osterweiterung um die vier Visegradstaaten (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik) würde nach groben Schätzungen bis zu 28 Mrd. DM bis 1999 an Finanzierungsmitteln im Rahmen der Regional- und Agrarpolitik erfordern. Das wäre deutlich mehr als das Doppelte der durch die Norderweiterung zusätzlich erzielbaren Einnahmen. Am größten wäre die Belastung durch Polen, schon allein aufgrund der größeren Bevölkerung im Vergleich zu den drei anderen Staaten.

Politischer Widerstand ist von den weniger entwickelten Ländern der Europäischen Union nicht nur deswegen zu erwarten, weil sie mit finanziellen Einbußen rechnen müssen, sondern auch, weil die mitteleuropäischen Länder in einer Reihe von Produktionszweigen als unmittelbare Konkurrenten auftreten könnten. Dort, wo die südeuropäischen Staaten und Irland gegenwärtig Wettbewerbsvorteile aufgrund niedrigerer Lohnkosten haben, könnten sie von den mitteleuropäischen Staaten zukünftig leicht ausgebootet werden. Wird die Europäische Währungsunion eingeführt, hätten die Südeuropäer noch nicht einmal die Möglichkeit, sich durch Wechselkursänderungen gegenüber nachteiligen Außenhandelswirkungen zur Wehr zu setzen.

Wenn die Visegradstaaten in die Europäische Union aufgenommen werden sollten, wäre das ein wichtiger Präzedenzfall für den Beitritt weiterer osteuropäischer Staaten. Eine Verweigerung insbesondere gegenüber den baltischen Staaten und Slowenien wäre nur schwer zu begründen. Im Schlepptau würden dann auch die südosteuropäischen Staaten folgen. Die Grenze der Europäischen Union würde sich Zug um Zug weiter nach Osten verschieben.

Die heutigen Mitglieder der Europäischen Union müssen sich fragen, ob sie eine solche Entwicklung wollen. Aus ökonomischer Sicht ist die Erweiterung des Binnenmarktes bei hinreichender Anpassungsflexibilität längerfristig für alle beteiligten Länder von Vorteil. Sicher werden kurz- bis mittelfristig Anpassungsfriktionen auftreten, wenn die Länder

im Osten mit ihren niedrigen Lohnkosten auf den westeuropäischen Markt drängen und die Westeuropäer die osteuropäischen Märkte mit technisch und qualitativ hochwertigen Gütern überschwemmen. Aber die Wirtschaften und Märkte der osteuropäischen Länder werden auch überdurchschnittlich stark wachsen, und zwar um so mehr, je intensiver der Warenaustausch mit dem Westen wird. Dadurch entstehen hier neue Absatzmärkte, die den Verdrängungseffekt der Importe aus Mittel- und Osteuropa leicht überkompensieren können. Aufgrund bisheriger Erfahrungen mit wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern ist aber damit zu rechnen, daß Westeuropa im Austausch mit dem Osten Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse erzielen wird. Das bedeutet, daß Westeuropa Kapital nach Mittel- und Osteuropa exportieren muß, vorzugsweise in der Form von Direktinvestitionen. Insgesamt gesehen besteht überhaupt kein Grund zu der Befürchtung, daß die Vorteile des so erweiterten Binnenmarktes geringer ausfallen sollten als die in der Europäischen Gemeinschaft in der Vergangenheit beobachteten oder daß gar gravierende ökonomische Nachteile entstünden.

Diese Vorteile sind eventuellen zusätzlichen finanziellen Belastungen aus den Finanztransfers gegenüberzustellen. Aber selbst wenn diese Vorteile sehr groß wären, würde sich kaum der politische Widerstand gegen wesentlich höhere Zahlungen entkräften lassen, da erstens die Vorteile kaum zu quantifizieren sind und sie zweitens sehr viel später als die Zahlungen eintreten würden. Von daher gesehen wären wesentliche Änderungen im System der Finanztransfers erforderlich.

Eine Möglichkeit bestünde darin, die Zuweisungen für alle Empfängerländer drastisch zu senken. Die verbleibenden Beträge würden rasch die Frage aufwerfen, ob so stark verringerte Zahlungen überhaupt noch irgendeinen sichtbaren Effekt haben können. Die Alternative wäre, daß die Zahlungen je nach Entwicklungsstand sehr viel stärker abgestuft werden als bisher. Regionen wie Ostdeutschland, das jetzt in Zielstufe 1 eingeordnet ist, vor allem aber die Ziel-2-Regionen in den höher entwickelten Mitgliedstaaten, könnten beispielsweise bald ganz herausfallen. Auch die Südeuropäer und Irland würden wesentlich weniger erhalten. Dafür würden entsprechend höhere Zuweisungen an die neuen Beitrittsländer geleistet. Die dritte Alternative wäre, daß man die Zahlungen nur noch auf transeuropäische Projekte, wie sie jetzt im neuen Weißbuch der Kommission angesprochen werden, beschränkt.

Aber auch in anderen Bereichen müßten Differenzierungen vorgesehen werden. So ist die Ausdehnung einer Währungsunion, die schon im *"Europa der Zwölf oder Sechzehn"* auf erhebliche Probleme stieß, auf Beitrittsstaaten aus Mittel- und Osteuropa völlig indiskutabel. Die deutsche Vereinigung hat deutlich gezeigt, welche verheerenden Wirkungen eine Währungsunion für Länder mit sehr ungleichen Wettbewerbsbedingungen haben kann. Hier wäre also mit Sicherheit ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten angezeigt. Ähnliches gilt sicher auch für die Wanderung von Arbeitskräften und die Niederlassungsfreiheit.

Insgesamt gesehen ist die Osterweiterung ökonomisch gesehen sinnvoll. Sie kann aber nicht im Rahmen des bisherigen Regelwerks der Europäischen Union vollzogen werden. Dabei geht es nicht notwendigerweise darum, für alle Länder neue Regeln zu finden,

sondern zuzulassen, daß für verschiedene Länder unterschiedliche Regelungen gelten. So etwas politisch durchzusetzen, ist sicherlich außerordentlich schwierig. Es scheint mir aber der einzige Weg zu sein, der echte Zukunftsperspektiven für Mittel- und Osteuropa innerhalb der Europäischen Union eröffnet.

Wichard Woyke Europäische Union und Deutschland

Die Behandlung des Themas "Europäische Union und Deutschland" kann auf vielfältige Art und Weise erfolgen. Es kann normativ untersucht werden. Es kann empirisch-analytisch anhand der Politikfeldanalyse in den verschiedenen Sektoren vorgenommen werden, z.B. der Agrarpolitik, der Finanzpolitik, der Wirtschafts- und Währungspolitik etc. Es kann mit Hilfe demoskopischer Daten ein Stimmungsbild der Gesellschaft in bezug auf die Europäische Union versucht werden. Und es kann schließlich eine Mischung aus verschiedenen Vorgehensweisen vorgenommen werden, für die ich mich entschieden habe. Dabei können jedoch Aspekte nur angedeutet werden. Im folgenden werde ich die Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik des vereinten Deutschlands aufzeigen, anschließend die normative und die praktische Ebene der deutschen Europapolitik anhand einiger Beispiele untersuchen, um schließlich die öffentliche Meinung zu präsentieren.

Für die Außenpolitik stellten sich nach der deutschen Vereinigung viele Fragen, sowohl in Deutschland als auch außerhalb Deutschlands. Wird das vereinte Deutschland Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft bleiben? Und wenn ja, welche Rolle wird es in ihr spielen? Wird das gestärkte Gewicht des vereinten Deutschlands zu einer Dominanz in der Gemeinschaft führen? *"Ist das vereinte Deutschland im Begriff, innerhalb der EG größere Unterstützung für seine europapolitischen Konzeptionen und Ziele zu gewinnen oder gar den Kurs der europäischen Integration zu bestimmen?"*¹ Wird das vereinte Deutschland weiterhin den Sicherheitsorganisationen wie der NATO und der Westeuropäischen Union angehören? Wird es ein europäisches Deutschland geben oder ein deutsches Europa? Wird sich Deutschland nun vom Westen abwenden und nach Mitteleuropa orientieren? Wird es spezifische Beziehungen mit Rußland aufnehmen, nachdem bereits historisch die preußisch-russischen Beziehungen (z.B. mit der Konvention von Tauroggen) oder die deutsch-russischen Beziehungen (z.B. Rappallo 1923 und Hitler-Stalin-Pakt 1939 über die Aufteilung Polens) wie auch die Beziehungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion (z.B. neue Ostpolitik in den 70er Jahren bis hin zu den deutsch-sowjetischen Gesprächen zwischen Gorbatschow und Kohl 1989 in Bonn und 1990 in Moskau und im Kaukasus) nicht nur bei den westlichen Nachbarn, sondern auch in Polen und anderen mitteleuropäischen Staaten Befürchtungen auslösten? Wird das vereinte Deutschland seine neugewonnene Rolle nutzen, um eine eigenständigere Politik zu betreiben? Diese und ähnliche Fragen begleiteten den deutschen Vereinigungsprozeß vor allem im Ausland, sowohl bei unseren Verbündeten als auch in anderen Staaten.

Vier Jahre nach der staatlichen Einigung sind die meisten dieser Fragen eindeutig beantwortet, andere dagegen nicht. Das vereinte Deutschland, für mich die dritte Deutsche Republik nach der ersten von Weimar (1919 bis 1933) und der zweiten von Bonn (1949 bis 1990), sucht z.Z. noch seine Rolle in der internationalen Politik, insbesondere

1 Michael Kreile, *Übernimmt Deutschland eine Führungsrolle in der Europäischen Gemeinschaft?*, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Was ändert die Einheit?*, Gütersloh 1993, S. 44.

seine Rolle jenseits der bisherigen Orientierung auf europäische und atlantische Organisationen.

Bestimmungsfaktoren der deutschen Außenpolitik

Die Außenpolitik Deutschlands resultiert aus der Einwirkung der internationalen Politik und der eigenen Gesellschaft auf das nationale politische System. Die Außenpolitik Deutschlands wird bestimmt durch

- die normativen Vorgaben des Grundgesetzes (z.B. Wahrung des Friedens; Verbot eines Angriffskrieges; Bereitschaft zu offenem, kooperativem Internationalismus);
- die Einbindung in die westeuropäische Integration;
- die Einbindung in das transatlantische Sicherheitssystem mit den USA als Führungsmacht;
- die Notwendigkeit guter Ostverbindungen aufgrund der zentralen Mittellage in Europa;
- seine außenwirtschaftliche Verflechtung, die Integration in den Weltmarkt;
- seine hohe Rohstoff- und Exportabhängigkeit und
- seine Geschichte, insbesondere die nach wie vor bestehende Verantwortung für die Untaten des NS-Regimes.

Die Rolle Deutschlands nach der Vereinigung unterscheidet sich fundamental von der Rolle der alten Bundesrepublik. Die Akteursqualität des neuen Deutschlands hat sich außerordentlich vergrößert. Die Überwindung der Blockkonfrontation hat sowohl die Vereinigung als auch die Souveränität Deutschlands ermöglicht. Kein Staat in Europa hat aus der radikalen Veränderung des internationalen Systems in Europa in den Jahren 1989–1991 einen mit Deutschland vergleichbaren Gewinn gezogen.

1. Deutschland hat durch den Zwei-Plus-Vier-Vertrag die Souveränitätsvorbehalte der Alliierten (Deutschland als Ganzes, Berlin, alliierte Truppen) überwunden. Die Statusdifferenzen zu den Siegermächten sind überwunden.
2. Deutschland hat in jeglicher Beziehung seine Akteursqualität gesteigert. Mit 80 Mio. Einwohnern ist es das bevölkerungsreichste Land Europas westlich des Bug. Es hat eine zentrale geographische Lage in Europa. Dadurch ist Deutschland das Land, durch das die meisten großen Nord-Süd- und West-Ost-Verbindungen führen. Die durch die Vereinigung vergrößerten Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologiepotentiale stärken mittel- und langfristig das deutsche Gewicht. Der Transfer von öffentlichen Leistungen im Wert von 150–180 Mrd. DM sowie weitere hohe Beiträge aus der Privatwirtschaft in den kommenden Jahren in die neuen Bundesländer bremsen zwar zu Beginn der 90er Jahre den Zuwachs an Wirtschaftskraft in Deutschland, werden aber mittelfristig zu einer Vergrößerung des Wirtschaftsakteurs Deutschland im internationalen Wirtschaftssystem beitragen.
3. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Schaffung der Staaten der "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" (GUS) steht Deutschland keine entsprechende politische Gegenmacht in Osteuropa gegenüber, die vom ökonomischen und politi-

- schen Gewicht her das deutsche Potential ausbalancieren könnte. Allenfalls das demographische Potential Rußlands ist als ein gewisser Ausgleich zu bewerten.
4. Durch die Überwindung des Ost–West–Konflikts liegt Deutschland nicht mehr an der weltpolitischen Trennungslinie der Machtblöcke, sondern in Zentraleuropa. Damit bieten sich gleichzeitig Chancen und Gefahren, z. B. Ostmärkte versus Migration.
 5. Das Ende des Ost–West–Konflikts hat ein stärker multipolares als wie bis dahin bipolares Ordnungsmodell auf der Grundlage einer Ostverschiebung des Westens hervorgebracht. Dadurch haben die größeren europäischen Mächte – und namentlich Deutschland – eine größere politische Bedeutung z. B. beim Wiederaufbauprogramm in Ost–/Mitteleuropa erhalten.
 6. Die Überwindung des Ost–West–Konflikts hat auch zu einer weiteren Relativierung militärischer Macht beigetragen. Militärische Sicherheitsgarantien – d. h. also insbesondere die Nukleargarantie der USA für Westeuropa – verlieren immer mehr an praktischer Relevanz. Die ökonomische Machtwährung dagegen nimmt zu und damit auch die Bedeutung des wirtschaftlich stärksten Staates in Europa, also Deutschlands, das neben den USA und Japan die drittstärkste ökonomische Macht, gemessen am Bruttosozialprodukt, ist.

Zur Außenpolitik Deutschlands

In Europa fand 1989/91 ein Umbruch revolutionären Ausmaßes statt. Dieser Prozeß ist noch keineswegs abgeschlossen. Noch immer vollziehen sich antagonistische Prozesse, die das Prädikat revolutionär durchaus verdienen. Während sich im Westen die Europäische Union (EU) im Vertiefungsprozeß befindet (Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion, Politische Union), suchen sich die Staaten Mittel- und Osteuropas eine völlig neue politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung. Dabei besitzt zunächst Nationenbildung etwa in den ehemaligen Unionsstaaten der Sowjetunion und auch im ehemaligen Jugoslawien Priorität. Erst danach treten die aus den Veränderungsprozessen resultierenden ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme in den Vordergrund. Aber nicht nur in den Nachfolgestaaten dieser Unionsstaaten entzündete sich der Nationalismus; ganz Mittel- und Osteuropa wurde von ihm überzogen, wenngleich in den einzelnen Ländern in unterschiedlicher Weise. Vor diesem Hintergrund setzte auch das vereinte Deutschland die Prioritäten eindeutig außenpolitisch. Sie können unter die Rubriken "Einbindung in die Europäische Gemeinschaft" und "transatlantische Gemeinschaften" sowie "Integration in das internationale Handelssystem" subsumiert werden.

Die Vertiefung der europäischen Integration

Bereits das Grundgesetz gibt die normative Vorgabe für die Europapolitik, wenn es in Art. 24 GG heißt: "(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen. (2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern."

Auch nach der Vereinigung besteht kein Zweifel daran, daß sich die Außenpolitik Deutschlands primär am politischen Gravitationszentrum Europäische Gemeinschaft/Europäische Union ausrichten wird. Im neuen Grundgesetzartikel 23 bekennt sich Deutschland faktisch zur im Maastrichter Vertrag niedergelegten Europäischen Union, wenn es dort heißt: *"Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen..."*

Bereits die Bonner Republik war ökonomisch interdependent mit der EG verflochten. 1989 wurden 55% der in Deutschland produzierten Waren in die Staaten der EG exportiert und nur unwesentlich weniger importiert. *"Die Ökonomie der alten Bundesrepublik war also im wesentlichen auf OECD-Märkte ausgerichtet, die in einem Umfeld situiert sind, das sich durch politische Stabilität, Rechtssicherheit, eine differenzierte Infrastruktur, qualifizierte Arbeitskräfte und nachfragestarke Binnenmärkte auszeichnet."*²

Diese Zahlen haben sich nach der Vereinigung nur unwesentlich verringert. Neben der ökonomischen Interdependenz als Grundlage zukünftigen Wohlstands ist die Tatsache bedeutend, daß Deutschland seine Produkte vor allem in Länder liefert, die gekennzeichnet sind durch *"politische Stabilität, Rechtssicherheit, eine differenzierte Infrastruktur, qualifizierte Arbeitskräfte, anhaltende Produktivitätsteigerungen in allen Sektoren mit der Folge entsprechender breitenwirksamer Einkommenssteigerung und nachfragestarker Binnenmärkte, hohe Investitionseffizienz und eine sich schrittweise aufbauende Wettbewerbsfähigkeit auf schwierigen internationalen Märkten"*.³ Auch die europapolitischen Normen des Grundgesetzes sprechen für die Logik des Multilateralismus und die Fortsetzung der Integrationspolitik im nationalen Interesse. *"Wenn mehr als 50% des westdeutschen Außenhandels mit der EG abgeschlossen werden (...), dann ist das paradigmatisch eine Form der Interdependenz, deren Abbruch teurer käme, zumal, wenn kaufkräftige Ersatzmärkte nicht zur Verfügung stehen. Die neuen Ostmärkte bieten keinen Ausweg.(...) Die Fortführung des Integrationsprozesses durch den EG-Binnenmarkt und ein europäisches Währungssystem ist längst mehr als ein Integrationsprogramm zur Einbindung Deutschlands. Es ergibt sich wirtschaftlich zwingend aus dem bisher abgelaufenen Integrationsprozeß, wenn die Region nicht im globalen Wettbewerb stagnieren oder zurückfallen will. Für einseitigen politischen Machtvoluntarismus bleibt da wenig Raum."*⁴

Die EG war und die EU ist nicht nur eine, sondern die *einzig*e Stabilitätsgemeinschaft in Europa, auf die große Hoffnungen nicht nur von ihren Mitgliedern, sondern vor allem von den beitriftswilligen Staaten in Nord-, Mittel- und Osteuropa gesetzt werden. In ei-

2 *Dieter Senghaas, Verflechtung und Integration, in: Karl Kaiser/Hans W. Maull (Hrsg.), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik, Bonn 1992, S. 40.*

3 ebd., S. 42.

4 *Reinhard Rohde, Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon, in: Leviathan Nr. 1/1992, S. 17.*

nem internationalen System, das immer mehr durch Regionalismus und Multipolarität gekennzeichnet ist, wäre es auch für einen Staat wie das vereinte Deutschland allein nicht länger möglich, seine Interessen erfolgreich wahrzunehmen. Dies kann nur in der Gemeinschaft erfolgen. Aber nicht nur die ökonomische Interdependenz mit der Gemeinschaft läßt die weitere Mitarbeit in dieser einmaligen supranationalen Organisation als geraten erscheinen, sondern vor allem auch die politischen Vorteile, die die Bundesrepublik ebenso aus der Mitgliedschaft in dieser EG zog wie auch Deutschland sie heute erwirbt. Die Mitgliedschaft in der EG stützte den Aufbauprozeß der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik, führte zur Gleichberechtigung des neuen westdeutschen Teilstaates und ermöglichte schließlich der Bundesrepublik das starke weltpolitische Gewicht. *"Die Europäische Gemeinschaft hat eine Friedensordnung geschaffen, die unter ihren Mitgliedern verlässlich Gewalt als Mittel der Politik ausschließt und hierin Deutschland voll einbindet. Sie hat die Demokratie glaubhaft zur festverwurzelten Regierungsform Westeuropas und natürlich auch des westlichen Teils Deutschlands gemacht. Schließlich hat sie einen riesigen gemeinsamen Markt mit blühender Wirtschaft und großer Anziehungskraft auf Ost- und Westeuropa geschaffen."*⁵ Das bedeutet, daß auch in Zukunft die EU dem deutschen Ziel der Wahrnehmung nationaler Interessen durch Multilateralisierung und Integrationsbereitschaft entspricht. Somit bindet auch zukünftig die Europäische Union Deutschland als mögliche Führungsmacht ein, bietet ihm aber auch den Rahmen zu optimaler Verfolgung bzw. Verwirklichung seiner außenpolitischen Grundinteressen. *"Deutschlands Interesse besteht also in der Schaffung europäischer Strukturen, die ihm seine Entfaltung erlauben, ohne es in eine hegemoniale Position zu bringen. Das kann nur mittels europäischer Integration geschehen, das heißt durch gegenseitige Beschränkung und Kontrolle ohne Diskriminierung und Privilegierung. Nur dann kann Deutschland die Chancen seiner geographischen Mittellage ökonomisch und politisch optimal nutzen."*⁶

Schließlich spricht auch die gesellschaftliche Ausrichtung auf den Westen für ein weiteres Verbleiben in den europäischen Organisationen. Die bundesdeutsche Gesellschaft, d.h. besonders die Gesellschaft der Bonner Republik, ist vollständig auf den westlichen Zivilisationsprozeß ausgerichtet; ein Faktum, das sich sowohl im allgemeinen beruflichen als auch im privaten Verhalten niederschlägt. Untersucht man einmal das Urlaubsverhalten der Deutschen, so kommt man nicht gerade überraschend zu dem Ergebnis, daß eine eindeutige Priorität der Urlaubsziele für den Westen gegeben ist. Die "Verwestlichung" der bundesdeutschen Gesellschaft ist ein Ergebnis des mehr als vierzigjährigen Integrationsprozesses, das auch durch den Beitritt der DDR-Bürger nicht in kurzer Zeit verändert werden wird.

Deutsche Europapolitik nach der Einheit

Die enge Bindung Deutschlands an die europäischen Institutionen ist nach der deutschen Einheit nicht in Frage gestellt worden. Bereits im Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler

5 Karl Kaiser, Deutschlands Vereinigung – Die internationalen Aspekte, Bergisch Gladbach 1991, S. 95f.

6 Werner Link, Deutschlands europäische Handlungsmaxime, in: *Die politische Meinung* Nr.288 (November 1993), S. 50.

Kohl vom 28. November 1989 über die deutsch-deutsche Konföderation wurde deutlich, daß der Platz eines zukünftigen Deutschlands in der EG sein würde. Zwei Wochen später, auf dem Europäischen Rat in Straßburg, begrüßten die Staats- und Regierungschefs der EG das Streben der Deutschen, die Einheit und Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu erreichen, erklärten aber gleichzeitig auch, daß der deutsche Einigungsprozeß in den europäischen Integrationsprozeß eingebettet sein sollte.

Die Konzeption der Bundesregierung zielte auf eine Verbindung von europäischer Integration und deutscher Einheit. So wurde am 18. April 1990 eine Initiative von Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl zur Vertiefung der EG gestartet, die auch als Beruhigung gegen ein eventuelles Abdriften der Deutschen aus dem Integrationsprozeß gewertet werden sollte. Die beiden Politiker initiierten einen Plan zur Beschleunigung der Politischen Union sowie der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Der deutsch-französische Vorschlag zielte auf neue Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft in den Bereichen Umweltpolitik, Gesundheits- und Verbraucherschutz, in der Sozial- und Energiepolitik sowie der Forschungs- und Technologiepolitik. Ebenfalls wurde eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anvisiert. Noch deutlicher wurde das gemeinsame deutsch-französische Vorgehen vor dem Maastrichter Gipfel, als im Oktober 1991 die gemeinsame Initiative für ein europäisches Verteidigungskorps eingebracht wurde, was nicht zuletzt auf eine noch größere sicherheitspolitische Einbindung der Deutschen zielt.

Vorläufiger Höhepunkt dieser Einbindung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft ist die Unterzeichnung der Maastrichter Verträge 1991/92, die nicht nur die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion bis spätestens 1999 vorsehen, sondern auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und eine Zentrale Innen- und Justizpolitik (ZIJ) beabsichtigen. Die Einbeziehung der Westeuropäischen Union (WEU) als sicherheitspolitisches Standbein der EG ist durch die Maastrichter Verträge vorprogrammiert. Bei der Realisierung der Maastrichter Verträge hat das deutsch-französische Tandem eine herausragende Rolle gespielt. Wenn dieser Vertrag auch nicht unbedingt die vollkommene Harmonie zwischen dem vereinten Deutschland und dem durch die deutsche Vereinigung in seinem internationalen Status verringerten Frankreich widerspiegelt, so zeugte er doch von der Handlungsfähigkeit des deutsch-französischen Tandems. *"Für die führenden Franzosen ging es um die (aus meiner Sicht wenig realistische) Idee, Deutschland einzubinden, nachdem seine Wiedervereinigung wenig Begeisterung in Paris ausgelöst hatte. Es ging gleichzeitig darum, ein von den Vereinigten Staaten mehr oder weniger unabhängiges Europa zu schaffen. Für Bundeskanzler Kohl ging es nach der Wiedervereinigung um eine narrensichere Barriere gegenüber nationalistischen Versuchungen in Deutschland oder bei den Nachbarn. Es ging auch darum, in Sicherheitsfragen Frankreich an die NATO heranzuführen, eine Mittlerstellung zwischen Paris und Washington zu beziehen. Für andere führende deutsche Politiker (insbesondere ist an Hans-Dietrich Genscher zu denken) ging es um größere Beweglichkeit gegenüber Washington."*⁷

7 Georges-Henri Soutou, Die Opposition gegen Maastricht – Beweggründe und Argumente nach den Erfahrungen von 1993, in: Ingo Kolboom/Ernst Weisenfeld (Hrsg.), Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick, Bonn 1993.

Im Oktober 1993 richteten Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl an den Vorsitzenden des Europäischen Rats, den belgischen Premierminister Dehaene, eine gemeinsame Botschaft, in der sie u.a. forderten, die Europäische Union weiter zu vertiefen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu beschleunigen und in der Dritten Säule des Maastrichter Vertrags "Inneres und Justiz" eine verbesserte Koordinierung der Bekämpfung von Kriminalität und Drogenhandel anzustreben.⁸

Die enge Einbindung Deutschlands in den europäischen Integrationsprozeß dient nicht nur den eigenen außenpolitischen Interessen, sondern beruhigt gleichzeitig auch latente bzw. offene Befürchtungen über eine zu starke Rolle der Deutschen in der Europäischen Gemeinschaft. Die Politik der Selbstbindung, die nach dem Motto "jeder kontrolliert jeden" sich in der Europäischen Union vollzieht, zielt auf einen Souveränitätsabbau und einen sich verdichtenden Integrationsprozeß. Diese Politik bringt für alle Beteiligten Vorteile, natürlich insbesondere für die kleineren Staaten.⁹ Auch für das vereinte Deutschland ist die EU-Mitgliedschaft von vitalem Interesse. Durch die Mitgliedschaft wird eine gegenseitige Bindung in einer multilateralen Sicherheits- und Wertegemeinschaft erreicht. Die weitere Entwicklung EU-Europas kann entscheidend mitbeeinflusst und darüber hinaus von dem 1993 in Kraft getretenen Binnenmarkt außerordentlich profitiert werden.

Die neuen Bundesländer wurden durch den Beitritt der DDR automatisch Mitglied der EG; jedoch wurden die EG-Rechtsvorschriften schrittweise eingeführt. Rund 200 Rechtsakte wurden mit der Realisierung der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion übernommen. Mit der Verwirklichung der Einheit am 3. Oktober 1990 galten das gesamte Primärrecht der EG, also die Verträge, sowie etwa 80 % des daraus abgeleiteten Gemeinschaftsrechts unmittelbar. Ausnahmeregelungen wurden vor allem für die Bereiche Landwirtschaft, Verkehr und Arbeitsschutz, Binnenmarkt und Umwelt für den Zeitraum bis zum 31.12.1992 erlassen. Längerfristige Ausnahmen im Umwelt- und Arzneimittelrecht sowie für tier- und pflanzenhygienische Bestimmungen sollen spätestens bis zum 31. Dezember 1995 abgelöst werden. Aufgrund der maroden wirtschaftsstrukturellen Lage der neuen Bundesländer hat die EG aus ihrem Strukturfonds bis 1993 für sie 6,2 Mrd. DM für Investitionen in wirtschaftliche Infrastrukturen, Telekommunikation und Energieversorgung sowie zum Umweltschutz bereitgestellt. Außerdem stellt die Europäische Investitionsbank zinsgünstige Kredite für die neuen Länder zur Verfügung. Der Kohäsionsfonds sieht bis Ende der 90er Jahre eine finanzielle Unterstützung der neuen Länder von 28 Mrd. DM vor.

Eine Bewertung der EG/EU-Mitgliedschaft für das vereinte Deutschland bringt mehr Vor- als Nachteile:

- Die EG ist eine Friedensgemeinschaft. Die Vernetzung der Staaten und Gesellschaften innerhalb der Gemeinschaft ist so groß geworden, daß etwa ein Krieg zwischen

8 Vgl. Ingo Kolboom/Ernst Weisenfeld(Hrsg.), Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick, Bonn 1993, S. 112 ff.

9 Vgl. Wichard Woyke, Erfolg durch Integration. Die Europapolitik der Benelux-Staaten von 1947 bis 1969, Bochum 1985.

Frankreich und Deutschland heute sowohl materiell als auch mental als unmöglich gelten kann.

- Die Mitgliedschaft in der EG ermöglichte erst den Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland zu einer ökonomischen Weltmacht. Mit der EU besitzt Deutschland ein deutlich größeres Handlungspotential nicht nur in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, z.B. beim GATT, sondern auch in anderen Feldern der internationalen Politik wie z.B. der KSZE oder den Vereinten Nationen.
- Die EU-Mitgliedschaft ermöglicht der Bundesrepublik außenpolitische Handlungsoptionen, die eine auf sich allein gestellte Bundesrepublik nicht hätte. Einmal hätte sie bei ihren außenpolitischen Aktionen die historische Belastung des Nationalsozialismus zu berücksichtigen; zum anderen kann die Bundesrepublik mit Hilfe der Union Außenpolitik in Regionen betreiben, die ohne die engen Verbindungen anderer Länder nicht möglich wäre.
- Die Bundesrepublik hat von allen EU-Partnern ökonomisch am meisten vom Integrationsprozeß profitiert, nachdem seit 1968/70 die Zollschränken in der EG abgebaut wurden. Die Bundesrepublik ist in der Union der Staat mit dem höchsten Exportanteil (Exporteuropameister/Vizeweltmeister im Export nach den USA), so daß – absolut gesehen – Deutschland aus dieser Situation die größten Vorteile zog. Zwar hat sich nach der deutschen Vereinigung der Export in die anderen EU-Staaten etwas abgeschwächt, aber dennoch ist Deutschland der größte Profiteur.
- In der EG und später der EU herrscht seit dem Inkrafttreten des Binnenmarkts die Freizügigkeit. Die Grenzen sind offener geworden. Die Bürger können sich an jedem beliebigen Ort der Union niederlassen, eine Arbeit aufnehmen, ein Geschäft eröffnen etc. Diese manchmal kaum registrierten Verbesserungen bemerken Bürger erst, wenn sie z.B. auf einem Flughafen eines EU-Landes ankommen und sich die umständliche Prozedur der Zoll- und Personenkontrolle ersparen.
- Die Zugehörigkeit zu den Europäischen Gemeinschaften ermöglichte der Bundesrepublik die Absicherung ihres politisch-gesellschaftlichen Systems. Gerade in der Zeit der Überwindung des Ost-West-Konflikts bildet die EU-Mitgliedschaft eine Garantie gegen nationalistische, ja sogar chauvinistische Irrwege, wie sie z.T. von einigen Völkern in Südost- und Ost-/Mitteleuropa gegangen werden.

Natürlich hat die Mitgliedschaft in der EG und heute in der EU auch ihren Preis. So bedeutet die Übertragung von Kompetenzen z.B. in der Agrarpolitik den Verlust von Souveränität in bestimmten Politikfeldern. Auch die hohen Nettozahlungen Deutschlands an die EG – 1993 waren es 24 Mrd. DM – sind für viele Bürger ein Ärgernis. Doch wägt man Vor- und Nachteile sorgsam gegeneinander ab, überwiegen die Vorteile die Nachteile bei weitem.

Deutschland ist gut beraten, wenn es mit Hilfe der Europäischen Union die intraregionale Anpassung verschiedener Politiken zu organisieren und die interregionalen, globalen, ökonomischen und politischen Interdependenzen zu steuern sucht.¹⁰

10 Vgl. Wilfried von Bredow/Thomas Jäger, Die Außenpolitik Deutschlands, in : *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B1-2/1991 vom 4. Januar 1991, S. 27ff.

Auch nach der Vereinigung ist Deutschland ein zuverlässiges Mitglied der EG und der EU, wobei Deutschland sich allerdings davor hüten muß, seine ökonomische Dominanz zu stark politisch umzusetzen.

Die öffentliche Meinung und die Europäische Union

Seit der Vereinigung ist die deutsche Bevölkerung skeptischer gegenüber dem europäischen Integrationsprozeß geworden. War in den 50er und 60er Jahren Europa eine Art Ersatzvaterland für die Deutschen, so sollte sich in den 90er Jahren eine stärkere Besinnung auf den Nationalstaat vollziehen. Dieser Umkehrprozeß kann im wesentlichen auf drei Gründe zurückgeführt werden. Zum ersten hat die deutsche Einheit die Bundesrepublik in der Perzeption unserer Verbündeten wie auch vieler Deutscher zu einem "normalen Staat" gemacht, d.h. die bisherigen Souveränitätsvorbehalte der Alliierten wurden im Zwei-plus-Vier-Vertrag aufgehoben. Zum zweiten haben die Renationalisierungsprozesse in Ost-, Süd- und Mitteleuropa auch ihre Auswirkungen auf Westeuropa nicht verfehlt, d.h. daß die Rückbesinnungen auf den Nationalstaat als sinnstiftendes Element von Ost- nach Westeuropa überschwappten. Und zum dritten wurde mit dem Maastrichter Vertrag den Bundesbürgern erstmals bewußt, was eine weitere Integration für die Gesellschaft, aber auch den deutschen Staat bedeutet, nämlich daß zunehmend Kompetenzen an die Gemeinschaft transferiert und Entscheidungen für die Bürger von der Gemeinschaft getroffen werden.

Seit 1988 ist ein Anwachsen der ambivalenten Gefühle gegenüber der Integration festzustellen. Die Zahl derer, die mit einem vereinten Europa Hoffnungen verbinden, ist in den alten Bundesländern von 60% (1988) auf 40% (1993) zurückgegangen. Allerdings stieg die Zahl der Skeptiker nicht in gleichem Maße.¹¹

Die Skepsis der Deutschen machte sich insbesondere bezüglich der Verträge von Maastricht bemerkbar, die zwar im Bundestag eine überwältigende Mehrheit, in der Bevölkerung jedoch keine mehrheitliche Unterstützung fanden. Die Gründe für die Ablehnung lagen einmal in der hohen Uninformiertheit der Bürger in bezug auf Europa, zum anderen im Mißtrauen gegenüber einer einheitlichen europäischen Währung, sowie in der Sorge um die nationale Identität innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Dazu kam die Wahrnehmung, sich in der Europäischen Gemeinschaft zurückgesetzt zu sehen (Zahlmeistersyndrom) sowie das Gefühl, die Europäische Gemeinschaft müsse nach Osten offengehalten werden.¹² Nicht zuletzt aufgrund ihrer neuen demographischen und ökonomischen Stärke macht sich langsam und kontinuierlich der Wunsch nach stärkerem Einfluß in der Union bemerkbar. Die Zahl der Befürworter einer Übernahme einer Führungsposition stieg von Oktober 1990 bis April 1993 von 30 auf 48%.¹³ Und diese Tendenz steigt weiter an, wie eine ZEIT-Umfrage vom 3. Juni 1994 zeigt. Danach

11 Vgl. Hans-Wolfgang Platzer/Walter Ruhland, *Welches Deutschland in welchem Europa? Demoskopische Analysen, politische Perspektiven, gesellschaftliche Kontroversen*, Bonn 1994, S. 62.

12 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, *Die öffentliche Meinung*, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1991/92*, Bonn 1992, S. 276.

13 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, *Die öffentliche Meinung*, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/93*, Bonn 1993, S. 278.

plädieren 83% der Deutschen dafür, daß Deutschland innerhalb der EU seine Interessen stärker durchsetzen sollte. Allerdings fällt in dieser Umfrage auch auf, daß die Deutschen in bezug auf den Integrationsprozeß ein gespaltenes Bewußtsein haben. Sie befürworten zu 77% die feste Einbindung des mächtiger gewordenen Deutschlands in die EU sowohl im eigenen Interesse als auch im Interesse der Partner, sind aber nicht mehrheitlich bereit, eine europäische Regierung zu fordern. Zwar wollen sie zu 78% eine Gemeinsame Außenpolitik, widersetzen sich aber mehrheitlich der Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung (55%). Sie erkennen zu 70%, daß die Mitgliedschaft in der EU langfristig die wirtschaftliche Sicherheit Deutschlands festigt und daß Deutschland innerhalb der EU viel mehr Möglichkeiten besitzt, seinen Einfluß auszuüben (69%), wollen aber mehrheitlich keine europäische Verteidigung zusätzlich zur NATO (44% ja, 48% nein).

Diese Ergebnisse sind u.a. dahingehend zu interpretieren, daß es für die Bevölkerung außerordentlich schwer ist, die Europäische Union zu verstehen, da sie in ihrer Struktur auch für Experten bereits ein ausgesprochen schwieriges Unterfangen ist. So muß es das Interesse der Bundesregierung sein, die Bevölkerung über die Europäische Union und vor allem ihre Vorteile für den Bürger besser zu informieren.

Soll Deutschland eine Führungsrolle in der Europäischen Union übernehmen?

Ohne Zweifel haben die Wiederherstellung der Einheit, das Ende des Ost-West-Konflikts und die Auflösung der Sowjetunion den internationalen Status der dritten deutschen Republik erhöht. Die französische Deutschlandexpertin Annemarie Gloannec konstatiert: *"Die Wiederentdeckung der europäischen Einheit und der deutschen Einheit hat Frankreich, bisher geopolitisches Herz des Gemeinschaftseuropas, an die Ränder des Atlantiks zurückgestoßen. Deutschland hingegen hat nicht nur an Macht zurückgewonnen, sondern auch seine zentrale Lage. Als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft in ein dichtes Netz von Verpflichtungen gegenüber den weniger mächtigen, aber dennoch gleichen Partnern eingebunden, wird Deutschland trotzdem Beherrscher des paneuropäischen und des internationalen Spiels."*¹⁴ Es erfolgen also externe Rollenzuweisungen, die u.a. wie z.B. in der Formel des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Bush von der "partnership in leadership" oder der Übernahme einer stärkeren weltpolitischen Verantwortung im Rahmen der Vereinten Nationen ihren Niederschlag finden, die nicht ohne Auswirkungen auf die Rolle Deutschlands in der EU bleiben können. US-Präsident Clinton hat anläßlich seines Deutschlandbesuchs im Juli 1994 diese Rollenzuweisung an Deutschland noch gesteigert, indem er einmal Deutschland eine Führungsfunktion innerhalb des europäischen Integrationsprozesses zuwies, zum anderen aber auch Deutschlands Verantwortung für die Weltpolitik einforderte. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung erklärte der US-Präsident: *"...Ich unterstütze, was ich als die Politik Deutschlands verstehe, nämlich die Stärkung zunehmender europäischer Integration und die wachsenden Anstrengungen, sich dem Osten anzunähern. Und ich bin damit sehr zufrieden... Die Deutschen müssen ihre Rolle selbst definieren. Das ist nicht die Sache der Vereinigten Staaten. Ich sehe nicht, wie Deutschland sich einer Führungsrolle ent-*

14 Anne-Marie Gloannec, Die deutsch-deutsche Nation, München 1991, S. 192.

ziehen könnte. Es ist die drittgrößte Wirtschaftsnation und hat eine große Bevölkerung. Die Bundesrepublik hat Ostdeutschland integriert und es geschafft, seine Wirtschaftskraft beizubehalten. Bei all diesen ungeheuren Anforderungen hat Deutschland außerdem noch eine sehr konstruktive Rolle bei vielen Aktivitäten der Vereinten Nationen gespielt. Ich glaube, Deutschland bleibt gar nichts anderes übrig, als eine Führungsrolle zu übernehmen. Es hat keine andere Wahl. Die Deutschen waren bei weitem freigiebiger mit Investitionen im Osten als jedes andere Land. Ich meine, es gibt gar nicht die Möglichkeit, über eine Welt zu reden, in der Deutschland keine Führungsrolle spielt. Die Bundesrepublik kann sich nicht von ihrer Verantwortung zurückziehen. Selbst wenn sie dies anstrebte, würde das dadurch geschaffene Vakuum Deutschland dazu zwingen, aktiv zu werden..."¹⁵

Es stellt sich die Frage, ob Deutschland eine neue europäische Vormacht oder Integrationspartner sein soll. Entsprechend der Theorie der "hegemonialen Stabilität" besteht die Leistung einer Hegemonialmacht im wesentlichen darin, öffentliche Güter bereitzustellen und weltwirtschaftliche Ordnungsfunktionen im Interesse einer Staatengemeinschaft wahrzunehmen und dafür gegebenenfalls auf kurzfristige Vorteile zu verzichten.¹⁶ Die EU zeichnet sich aber gerade dadurch aus, daß in ihr keine Hegemonialmacht existiert und daß auch ein Führungsstandem, wie es zweifellos im deutsch-französischen Zusammengehen nicht erst seit Mitterrand-Kohl repräsentiert wird, nicht widerspruchslos akzeptiert wird. Es gibt zwar in einzelnen Politikfeldern eine Dominanz Deutschlands, wie z.B. in der Währungspolitik. Aber gerade durch diese Dominanz wurden Gegenkräfte mobilisiert, die zu einer Europäisierung der Währungspolitik im Rahmen der ersten Säule der Maastrichter Verträge geführt haben. Politische Führung sollte Deutschland immer im Rahmen einer Zusammenarbeit mit anderen Partnern der EU praktizieren, abgesehen davon, daß die eigentliche Führungsaufgabe in der EU der Kommission und ihrem Präsidenten als Motor des Integrationsprozesses zukommt. Mit Beate Kohler-Koch komme ich zu dem Ergebnis, daß die weitgehende Integration der Bundesrepublik in supranationale und internationale Organisationen wesentlich zur Internationalisierung ihrer politischen Akteure beigetragen hat und diese durch ihre eigenen transnationalen Aktivitäten die enge Verzahnung von Innenpolitik und internationaler Politik weiter vorangetrieben haben. *"Die Philosophie einer solchen außenpolitischen Einbindungsstrategie, nämlich die Ausweitung von Handlungsspielräumen durch den Verzicht auf autonome Handlungskompetenz, entspricht der Handlungslogik einer durch die Dezentralisierung von Macht gekennzeichneten Demokratie. Die Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Interdependenzsystem ist somit doppelt abgesichert: Zum einen durch die 'vested interests' an den mit der Integration verbundenen Macht- und Wohlfahrtsgewinnen, zum anderen durch die strukturelle Entsprechung von innerstaatlicher und internationaler Politikverflechtung... Die von den Realisten prognostizierte Rückkehr zur traditionellen Großmachtpolitik ist keineswegs vorprogrammiert. Die Politik der internationalen Einbindung hat den Prozeß der deutschen Einigung bestimmt.*

15 *Süddeutsche Zeitung* vom 4. Juli 1994.

16 Vgl. Micheal Kreile, a.a.O. (Anm.1), S. 45.

*Auch die Strategie der gesamteuropäischen Integration ist der gleichen Philosophie verpflichtet.*¹⁷

Europäische Union und Deutschland

Für die Europäische Union ist die Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands eine absolute Notwendigkeit, da der Akteur Deutschland zur Verbesserung der Position des Akteurs EU im internationalen System erheblich beiträgt. Ein Ausscheren Deutschlands aus dieser europäischen Organisation rief nicht nur die Gefahr eines Scheiterns der EU hervor, sondern würde auch einem ursprünglichen Motiv des europäischen Integrationsprozesses diametral entgegenlaufen, nämlich der Lösung der deutschen Frage. Gerade dieser Integrationsansatz, nämlich daß alle Mitglieder sich durch die Einbindung gegenseitig kontrollieren, war eine Voraussetzung für den erfolgreichen Verlauf der Integration.

Vor diesem Hintergrund war es die EG in der Person des Kommissionspräsidenten Delors, die seit dem Fall der Mauer die Einbeziehung der DDR sowie später des vereinten Deutschlands in die Gemeinschaft nachhaltig unterstützte. Während in einzelnen Mitgliedstaaten zumindest Unsicherheit über die Haltung gegenüber dem deutschen Vereinigungsprozeß herrschte, war die Haltung der EG zu keiner Zeit zweifelhaft. Mit dem Konzept der vertieften Integration, dessen Niederschlag sich in den Maastrichter Verträgen widerspiegelt, wurde versucht, die Einbindungsstrategie fortzusetzen. Die für die Stärke eines Landes perzipierten Parameter hatten sich in den letzten zwei Jahrzehnten vom Militär zur Währung verschoben, so daß es galt, gerade den Währungsbereich, in dem die Deutschen eine dominierende Position eingenommen hatten, zu supranationalisieren. Doch trotz der Strategie der Supranationalisierung stellte sich innerhalb der Gemeinschaft das Problem der Dominanz Deutschlands. Im Wahlkampf für das Maastricht-Referendum in Frankreich warben sowohl Anhänger als auch Gegner des Vertrags mit dem Argument, daß Deutschland Europa dominieren würde, falls der Vertrag zustande käme bzw. abgelehnt würde. Und auch in Großbritannien wurden Befürchtungen hinsichtlich einer deutschen Dominanz ausgesprochen, die immer dann eskalierten, wenn das deutsch-französische Tandem europapolitische Pläne vortrug, so zuletzt bei der Präsentation des belgischen Kandidaten, Premierminister Dehaene, als Nachfolger von EU-Kommissionspräsident Delors.

Das Problem einer deutschen Dominanz in der Union existiert zweifellos in einigen Politikfeldern. Jedoch bietet gerade die Supranationalität eine Garantie gegen die Dominanz eines einzigen Staates. Die Kleinstaaten Belgien, Niederlande und Luxemburg haben diese Strategie nach dem Zweiten Weltkrieg mit großem Erfolg angewandt und erkannt, daß gerade ein supranationaler Zusammenschluß effektive Mitwirkungsmöglichkeiten bietet¹⁸. Wie auch immer sich die EU entwickeln wird, das Problem einer potentiellen Dominanz Deutschlands ist mit einem in die Gemeinschaft integrierten Deutschland besser zu lösen als mit einem außerhalb des Integrationsprozesses befindlichen

17 Beate Kohler-Koch, Deutsche Einigung im Spannungsfeld internationaler Umbrüche, in: *Politische Vierteljahresschrift* Nr. 4/91, S. 608.

18 Vgl. dazu Wichard Woyke, a.a.O. (Anm.9).

Deutschland. Innerhalb des Integrationsprozesses ist nur durch Vergemeinschaftung bestimmter Politikfelder die Dominanz eines Einzelstaates wiederum am besten zu vermeiden.

Teilnehmerliste

Andersson, Inge (Schweden)

Arnold, Dr. Hans (Botschafter a.D.)

Bischof, Henrik (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Borkenhagen, Franz H. U. (Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen)

Bruckmann, Wolfgang (Königswinter)

Busch, Dr. Berthold (Institut der Deutschen Wirtschaft)

Carl, Willi (SPD-Europa)

Dauderstädt, Dr. Michael (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Denison, Andrew (Friedrich-Ebert-Stiftung/John Hopkins Universität, Washington, D.C.)

Ehrhart, Wolfgang (SPD-Bundestagsfraktion)

Ferraris, Prof. Dr. Luigi Vittorio (Freie Universität Rom)

Greune, Gerd (SPD-Parteivorstand)

Hinrichs, Ilja-Kristin (Universität Hamburg)

Hoffmann, Prof. Dr. Lutz (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Huthmacher, Heinz-Albert (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Hüttig, Dr. Christoph (Ev. Akademie Loccum)

Katsigiannis, Sdavros (Konrad-Adenauer-Stiftung)

Krause, Christian (Brigadegeneral a.D.)

Kundrotas, Algimantas (Botschaft der Republik Litauen)

Lappuke, Dr. Rolands (Botschaft der Republik Lettland)

Leonberger, Kurt (Auswärtiges Amt)

Lübke-meier, Dr. Eckhard (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Nemitz, Paul (EU-Kommission)

Nylund, Ingela (Schweden)

Pfaller, Dr. Alfred (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Post, Achim (Büro der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament)

Ramberg, Jon (Norwegische Botschaft)

Rentolai, Ilkka (Finnische Botschaft)

Schaetzlein, Jochim (EU-Kommission)

Schirm, Magda (Friedrich-Ebert-Stiftung, Mainz)

Schmuck, Otto (Landesvertretung Rheinland-Pfalz)

Schnappertz, Jürgen (SPD-Bundestagsfraktion)

Schulz, Prof. Dr. Eberhard (Bornheim)

Simons, Onno (EU-Kommission)

Stahn, Hartwig (Landesvertretung Baden-Württemberg)

Stümpfig, Gerhard (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Suchanek, Klaus (Landesvertretung Schleswig-Holstein)

Thränert, Dr. Oliver (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Woyke, Prof. Dr. Wichard (Universität Münster)

Ziebura, Prof. Dr. Gilbert (TU Braunschweig)

Zimmer, Rainer (Landesvertretung Bayern)

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

**Auswahl der jüngsten Veröffentlichungen
(kostenlose Abgabe)**

Aus dem Arbeitsbereich "Außenpolitikforschung"

Bestellungen bei **Marianne Seybold, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn**

Studien

- Nr. 55
Aug. 1993
Oliver Thränert
Aspekte deutscher Sicherheits-
politik in den neunziger Jahren
ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-109-4
- Nr. 56
Okt. 1993
Eckhard Lübke
The United Germany in the
Post-Bipolar World
ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-111-6
- Nr. 57
Dez. 1993
Jens-U. Hettmann (ext.)
Kanada nach den Wahlen '93
Ist der nationale Zusammen-
halt gefährdet?
ISSN 0938-9571
ISBN 3-938-110-8
- Nr. 58
Dez. 1993
Irina Busygina
Political Crises in Russia:
The Regional Dimension
ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-112-4
- Nr. 59
Jan. 1994
Henrik Bischof
Trendwende in Ostmitteleuropa?
Wahlen in Polen und Ungarn
ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-113-2
- Nr. 60
März 1994
Christian Krause
Die Entwicklung der Bundeswehr
unter mittel- und langfristigen
Aspekten
ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-114-0
- Nr. 61
Juni 1994
Henrik Bischof
Rußland. Auf zum letzten Gefecht
ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-278-3

Nr. 62
Sept. 1994
Eckhard Lübke
Globale Herausforderungen deutscher Sicherheit.
Ein Plädoyer für solidarisches Handeln
ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-314-3

Nr. 63
Okt. 1994
Oliver Thränert (Hrsg.)
Europäische Union und Europa
ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-067-5

Aus dem Arbeitsbereich "Außenpolitikforschung/Osteuropa"

Studien

- Jan. 1992
Henrik Bischof
Die europäische Sicherheit und das Pulverfaß Osteuropa
ISSN 0938-9571
ISBN 3-86077-015-2
- Juni 1992
Henrik Bischof
Die islamischen Republiken der GUS in Mittelasien und im Trans-
kaukasus
ISSN: 0938-9571
ISBN: 3-86077-017-9
- Juli 1992
Henrik Bischof
Die Tschechoslowakei am Scheideweg
- Die Zukunft der Föderation -
ISSN: 0938-9571
ISBN: 3-86077-018-7
- Sept. 1992
Henrik Bischof
Regimewechsel in Aserbaidschan und der Krieg um Berg-Karabach
ISSN: 0938-9571
ISBN: 3-86077-020-9
- Okt. 1992
Henrik Bischof
Rumänien - die "gestohlene" Revolution -
ISSN: 0938-9571
ISBN: 3-86077-105-3
- Jan. 1993
Henrik Bischof
Rußland - Machtkampf im Kreml
ISSN: 0938-9571
ISBN: 3-86077-107-8
- Feb. 1993
Henrik Bischof
Perspektiven für ein Groß-Serbien
ISSN: 0938-9571
ISBN: 3-86077-108-6

Kurzpapiere

- Nr. 16 Henrik Bischof
Mai 1992 Albanien – Armenhaus Europas
- Nr. 17 Henrik Bischof
August 1992 Die baltischen Staaten
- Nr. 18 Henrik Bischof
August 1992 Die Mongolei – zurück zu den Wurzeln
- Nr. 19 Henrik Bischof
Sept. 1992 Kroatien – Neuwahlen im Kriegszustand

Studien aus dem Arbeitsbereich "Außenpolitikforschung/Osteuropa" werden künftig nicht mehr gesondert, sondern im Arbeitsbereich "Außenpolitikforschung" geführt. Die Reihe "Kurzpapiere" wurde eingestellt.

Aus dem Arbeitsbereich "Forum Deutsche Einheit":

Faltblattreihe "Forum Deutsche Einheit – Aktuelle Kurzinformationen"

- Nr. 1/91 Wohnungsnot und Wohnungsmarkt in den neuen Bundesländern
- Nr. 2/91 Gesamtdeutsche Verkehrsprobleme auf Straße und Schiene
- Nr. 3/91 Hochschulen im Umbruch
- Nr. 4/91 Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft
- Nr. 5/91 Reizüberflutung – neue und alte Medien in Deutschland–Ost
- Nr. 6/91 Gesundheitswesen: mehr Staat oder mehr Markt?
- Nr. 7/91 Im Blickpunkt: Schulen
- Nr. 8/91 Gewerkschaften heute: Der Kampf um die soziale Einheit
- Nr. 1–2/92 Währungsunion. Liberté, Egalité, Portemonnaie
- Nr. 3–4/92 Jugend zwischen Freiheit und Frust
- Nr. 5/92 Reisen in Deutschland
- Nr. 1–2/93 Senioren 2000
- Nr. 3–4/93 Jugend und Gewalt – Jugend ohne Wertvorstellungen?
- Nr. 5/93 Aufgabenfelder der Jugendarbeit
- Nr. 6/93 Ehe und Familie im Wandel

Mit dieser Nummer wird die Reihe "Forum Deutsche Einheit" eingestellt

Schriftenreihe "Forum Deutsche Einheit – Perspektiven und Argumente"

- Nr. 5/91 Wolf Oschlies
Die Sorben – Slawisches Volk im Osten Deutschlands
2. überarbeitete Auflage
- Nr. 6/91 Peter Joachim Lapp
Die fünf neuen Länder
- Nr. 7/91 Manfred Ackermann
Der kulturelle Einigungsprozeß.
Schwerpunkt: Substanzerhaltung
- Nr. 8/91 Hermann-Josef Rodenbach
Rechtsangleichung im vereinigten Deutschland
- Nr. 9/92 Peter Joachim Lapp
Ein Staat – Eine Armee.
Von der NVA zur Bundeswehr
- Nr. 10/92 Klaus Schubert (Hg.)
Interessenverbände in den neuen Bundesländern
- Nr. 11/92 Hans Mittelbach
Strukturwandel in der Landwirtschaft
- Nr. 12/93 Wolfgang Schilling
Neue Strukturen für das deutsche Theater
- Nr. 13/93 Peter Joachim Lapp
Das Zusammenwachsen des deutschen Parteiengefüges
- Nr. 14/93 Hans Mittelbach
Vermögenspolitik in Deutschland
- Nr. 15/93 Helma Harrington
Mündige Bürger in der Informationsgesellschaft
- Mit dieser Nummer wird die Reihe "Forum Deutsche Einheit"
eingestellt

Internationale Politik und Gesellschaft

International Politics and Society

4/1994

Wladimir Lukin:

Grundzüge einer realistischen russischen Außenpolitik

Grigori Jawlinskij

Wege und Irrwege zur wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands

Hans-Peter Brunner

Towards an Evolutionary Strategy for Eastern Development:
Lessons of the Economic Transformation in Germany and Poland

Koh Il-Dong

The Future of the Two Korean States: the Economy is the Key

Peter Rudolf

Kollektive Sicherheit: politische und ethische Probleme

Herbert Honsowitz

Konfliktverhütung ist möglich: Innovative Wege der KSZE

Erfried Adam

Wie ist wieder Staat zu machen in Afrika?

Dirk Kohnert

Die Krise der Communauté Française Africaine

DEBATTE / DEBATE

REZENSIONEN / BOOK REVIEWS

(u.a. Machiavel et les tyrannies modernes; Amerikanische Weltpolitik; The Global Economy in the 90s; Multinational Enterprises and the Global Economy; Währungskonkurrenz und Protektion; East-West Migration; Das europäische Einwanderungskonzept; Das vereinte Deutschland aus internationaler Sicht; Chemische Kriegführung; Dilemmas of Development Assistance; Der informelle Sektor als Entwicklungspotential?; Technik, Ökonomie und Ökologie in der Dritten Welt; Streitschrift gegen schwarze Eliten und weiße Helfer)

AUS INTERNATIONALEN ZEITSCHRIFTEN / FROM INTERNATIONAL JOURNALS

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Zu beziehen vom Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 53129 Bonn (Tel. 0228/238083, Fax 0228/234104)

zum Preis von DM 26 frei Haus (Jahresabonnement DM 68 frei Haus)